

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Inhalt:

Rückblende auf das Jahr 1907. — Verbüteter Gasarbeiterstreik in München. — An die Alten. — Die Forderungen der Kollegen zu Frankfurt a. M. zum Etat 1908. — Die Freiburger Sagungen über die Rechtsverhältnisse der Stadtarbeiter. — Ortsverein Berliner Straßenreiniger und Ruhegehalt. — Gasarbeiter-Verhältnisse in Burg v. Magdeburg. — Brief aus Rittau. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Anzeigen.

Rückblende auf das Jahr 1907.

1. Allgemeines.

Die Wahrheit ist ein gemeinsames Gut der Menschheit von ihrem gemeinschaftlichen Vater ihr zur köstlichen Ausstattung, zum innigen Vereinigungsmittel der Völker u. u. u. gegeben. Jeder hat das gleiche Recht sie aufzusuchen und sie nach seiner ganzen Empfänglichkeit dafür zu genießen und zu benutzen. Du darfst ihn daran nicht hindern!
„Die französische Revolution“ von Joh. Gottfr. Fichte, 1798.

Wie im Leben des einzelnen Menschen in bestimmten Zeitabschnitten wohl jeder sich einmal Rechenschaft geben sollte, wie weit nun eigentlich sein Streben und Mühen, sein Ringen und Schaffen von Erfolg gekrönt war, welche Hindernisse und welche Forderungen ihn bedroht oder beglückt haben, so mag bei Beginn des neuen Jahres auch die Arbeiterklasse im allgemeinen die Frage aufwerfen, welche Ereignisse und welche Lehren uns das alte Jahr gebracht und welches Fazit wir aus diesen Vorgängen für das kommende Jahr ziehen können.

In der Tat ein ereignisreiches Jahr!

Stamm war der Angriff auf das Koalitionsrecht in dem Geheulsturm betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine erfolgt und mühsam abgewehrt, so wurde das deutsche Volk schon wieder mit einer neuen „nationalen Tat“ beglückt: der Reichstag wurde aufgelöst, der Wahlkampf begann.

Unsere Erwartungen aus froher Kampfesstimmung heraus wurden etwas enttäuscht. Das „nationale Angebot“ trieb alle politischen Gegner zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte und wir erlitten einen nicht unerheblichen Rückschlag an Reichstagsmandaten; ein Verlust, der freilich durch die zirka 250.000 Stimmen Zuwachs eigentlich nichts Entmutigendes für uns haben konnte. Aber es war doch ein herber Schlag, daß unser sieggewohntes Vorgehen nicht auch der äußeren Erfolg brachte. Dafür gewannen wir in verstärktem Maße die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer durcharbeiteten, festgestellten Organisation im politischen Leben und eine fieberhafte Agitation hat seit dieser Zeit eingesetzt und wird uns sicher reiche Früchte bringen. Fast allseitig wurde auch erkannt, daß bei aller prinzipiellen Schwärze unserer Leidenschaft sehr wohl eine weitgehende Toleranz in taktischen Fragen Platz greifen konnte in unseren Reihen. Dazu wurde die systematische Schulung der Genossen durch Bildungs-

kurse und ähnliche Veranstaltungen betrieben. So sind alle Vorbedingungen erfüllt, um die deutsche Arbeiterklasse — soweit sie für politische Vorgänge Verständnis hat — bereit und reif zu machen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und für bessere Gesetzgebung, bessere gesellschaftliche Einrichtungen zu sorgen.

Währenddessen bietet das gegnerische Lager trotz oder auch gerade infolge seiner Blockpolitik ein Bild trostlosen Jammers dar. Die konservativ-liberale Paarung bietet die letzte bündige Schlussette dafür, daß das Vürgertum am Ende seines Lateins ist und in steter Sorge um den reichlichen Futternapf lieber den politischen Zustand um 1850 konservieren möchte, anstatt sich den Fortschritten und Anforderungen des 20. Jahrhunderts anzupassen.

Inzwischen arbeitet aber gleichzeitig eine Macht für uns, die stärker ist wie Zunfttücke und Bürgerangst: das ist die wirtschaftlich-technische Entwicklung!

Sie treibt den Kapitalismus zu immer größerer Expansion (Ausdehnung). Immer gewaltiger wird der Einfluß der Banken und der wenigen Industriemagnaten, von denen Tausende, ja Zehntausende und Hunderttausende wirtschaftlicher Existenzen abhängen. Was nützen da alle schönen Tröstungen vom „neuen Mittelstand“ und dergleichen? Das Meer der Proletarier wächst fortgesetzt und mit ihm der Ruf nach einem neuen, gerechteren Wirtschaftssystem, in dem jeder das Recht zum Arbeiten und zum Leben hat!

Der Sozialismus wird uns diese neue Entwicklungslinie bringen und das Jahr 1907 erhielt im August einen fröhlichen Anstoß dazu durch den internationalen Arbeiterkongreß in Stuttgart.

Aber geben wir von diesen verheißungsvollen Perspektiven noch einmal kurz zurück zu den kläglichen Resultaten der bürgerlichen Blockpolitik. Was hat sie dem deutschen Volke gebracht? Vor allem ist aus der periodischen eine dauernde Verteuerung aller Lebensmittel geworden! Während vorher die schwache Hoffnung bestand, daß das liberale Vürgertum gemäß seinem Programm und seinen Versprechungen die Ausbeutung durch Agrarier und Junker bekämpfen würde, ist jetzt ein „Waffenstillstand“ zwischen den Blockbrüdern eingetreten und die Herren Grundbesitzer können in Ruhe die reichen Profite aus den Sollerhöhungen verdauen. Aber auch die Schlotbarone haben gute Zeit! Ob neue Kanonen oder neue Schiffe, das einstens so „vaterlandsfeindlich“ geachtete Vürgertum bewilligt alles mit freudigem Herzen, denn den Hauptteil zahlt ja die arbeitende Klasse durch indirekte Steuern.

Wie sehr sich die Bülowblockregierung anlehnt, nach der Weise der Junker zu tanzen, beweist auch die plötzliche Abberufung des Ministers für Sozialpolitik v. Rosa-Dowski, der bei aller Jagdbastigkeit in fortschrittlichen Dingen für Arbeiterfragen immerhin ein gewisses Verständnis zeigte und der im Juni 1907 abgehen mußte, um durch Herrn v. Beth-

mann-Sollweg ersetzt zu werden. Der neue Herr charakterisierte sich treffend, als er auf dem christlich-nationalen Kongress vom 20. bis 22. Oktober den Arbeitern Fleiß, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Zufriedenheit empfahl. Wenn doch die Herren Unternehmer einmal aus so erlauchten Munde diese biblischen Weisheiten zu hören bekämen. Sie könnten's brauchen!

Inzwischen ist das neue Vereinsgesetz als Weihnachtsgeschenke herausgekommen. Wir haben es bereits hinlänglich charakterisiert. Es bedarf einer gründlichen Umgestaltung. Auch die kürzlich erschienene Novelle zur Gewerbeordnung ist viel zu verklausuliert und bureaukratisch.

So bieten die politischen Vorgänge wohl vielerlei, aber wenig gutes für die Arbeiter. Nichtsdestowenig waren noch der Eisener sowie der preussische Parteitag, über die wir gleichfalls eingehend berichtet haben.

Wie haben nun im verfloffenen Jahre die deutschen Gewerkschaften ihre Position befestigt und verstärkt? Ein abschließendes Urteil über den Mitgliederbestand läßt sich im gegenwärtigen Moment noch nicht abgeben. Jedenfalls dürften die freien Gewerkschaften der zweiten Million Streiter sehr nahe stehen, wenn sie nicht gar überholt ist. Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß der Aufstieg namentlich in der zweiten Hälfte 1907 wieder etwas langsamer vor sich zu gehen scheint, als im verfloffenen Jahre.

Die Unternehmer haben das System der Aussperrungen fortgesetzt und sind überaus rührig gewesen, um nur ja nicht von ihrem geheiligten Profit zuviel abgeben zu müssen. Zwar war in der Metallindustrie verhältnismäßige Ruhe eingetreten, dafür hatten aber die Holzarbeiter einen geradezu einzig dastehenden, siebzehn Wochen andauernden Kampf zu führen, der ein glänzendes Zeugnis für den Eifer und die organisierten Kollegen war. Ueber 2700 000 Mk. Kosten verursachte dieser aufgezwungene Kampf der Organisation, wovon zirka 1 Million durch Extrabeiträge aufgebracht wurden. Wahrscheinlich ein leuchtendes Beispiel auch für andere Arbeiterkategorien — auch für uns! Ob nun aber der Friede längere Zeit aushält ist im Holzgewerbe, erscheint recht fraglich; die nächsten Wochen schon werden es lehren. Auch die Bauarbeiter hatten zahlreiche und heftige Kämpfe im verfloffenen Jahre zu bestehen. Namentlich ist der Berliner Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit zirka 50 000 Beteiligten wohl in aller Gedächtnis. Das Geheimprotokoll des Unternehmerverbandes für das Baugewerbe läßt auf weitere rücksichtslose Ausperrungen im kommenden Jahre schließen. Aber auch die Arbeiter sind gerüstet und werden sich zu wehren wissen.

Die im Auge befindliche wirtschaftliche Krise wirkt bereits ihre schwarzen Schatten voraus. Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und steigender Uebermut bei den Unternehmern sind sichere Anzeichen für den Ernst der Lage. Die „Arbeitsvergehung“ wird unverkürzter denn je. Bereits droht man Herabsetzung der ohnehin viel zu niedrigen Löhne an. Allem Anschein nach wird also ein verzweifelter Ringen vor sich gehen. Da gilt es fest zu stehen und Ausdauer zu bewahren. Aber auch der verbliebenen Arbeiterzersplitterung muß ein Ende bereitet werden! Die Lokalkisten dürften in den nächsten Tagen in ihrer großen Mehrheit zu uns stoßen. Das ist ein erfreuliches Symptom. Die „Christlichen“ versuchen vergeblich durch vermehrte Reklame und Anpreisung ihre Existenzberechtigung zu erweisen. Sie sind und bleiben eine Halbheit, eine schwächliche Skatatur einer modernen Arbeiterbewegung.

Die „Gelben“ endlich, die sich im verfloffenen Jahre sogar zu einem Kongress in Hamburg zusammen fanden, gehören den Unternehmern, um die wir sie nicht beneiden. Wir glauben nicht daran, daß diese Arbeiterverräter und Unter-

nehmerhülfen jemals in Deutschland irgendwie eine größere Rolle spielen könnten. Wir halten sie geradezu für eine Krankheitserscheinung und haben das unverminderte Zutrauen zur deutschen Arbeiterklasse, daß sie sich von diesen Schmaragern frei zu machen weiß.

Unterdessen wächst auch der dritte große Zweig des emporstrebenden Baumes der Arbeiter- und Kultur-Entwicklung. Das Genossenschaftswesen blüht und sobald einmal in Berlin die vorhandene Unruhe in der Genossenschaftsfrage überwunden sein wird, dürften sich neue ungeahnte Perspektiven zeigen, die zur weiteren Festigung des Einflusses der deutschen Arbeiterklasse im Staats- und Gesellschaftsleben führen werden.

Den vielen unerfreulichen Erscheinungen aus dem Jahre 1907, wie z. B. der Hochverratsprozeß Liebknecht, stehen jedenfalls weit mehr Fortschritte und Verheißungsvolles gegenüber und wenn wir Aktiva mit Passiva vergleichen sollen, so bleibt die sichere Gewähr, daß der Aufbruch der deutschen Arbeiterklasse unaufhaltsam ist. Ihn zu beschleunigen haben wir uns zur Pflicht gemacht. Möge darum auch im neuen Jahre jeder mit allen Kräften diesem Ziele zustreben. Das soll uns ein heiliges Gelöbnis sein!

Verhüteter Gasarbeiterstreik in München.

Was die Leitung der Zölle München längst vorausah, es ist zum Ereignis geworden. Wie ein drohendes Gewitter stand vor den Weihnachtstagen ein Ausstand sämtlicher Gasarbeiter Münchens in greifbarer Nähe. Wäre nicht in letzter Stunde eine gütliche Verlegung erfolgt, so wäre der Ausbruch des Streikes und damit eine schwere Schädigung des gesamten Wirtschafts- und Gemeinlebens unvermeidlich gewesen. Und niemand anderen hätte die Verantwortung treffen müssen, als jenen hohen Herren, die in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse auf die wiederholten Vorstellungen des Arbeiterausschusses der Gaswerke lediglich ein herabgesetztes „Nein“ übrig hatten. Die Arbeiter des Gaswerkes trübten in ihrer Versammlung am 12. Dezember eine Resolution von so deutlicher Sprache, daß niemand mehr an den Gunst der Situation zweifeln konnte. Wurden doch alle Wünsche der Gasarbeiter, die auf Verbesserung ihrer sekundären Lage hinausliefen, nach einer endlosen Verschleppung glatt abgelehnt. Ein solches Jahr hatte sich der Arbeiterausschuß bemüht, um die vorliegenden Etagen den schwerfälligen Anhängenweg durchzukriegen; aber immer mit demselben negativen Erfolge.

So häuften sich der Zündstoff ins Ungemessene; schlechte Behandlung der Arbeiter seitens der Aufsicht tat noch das übrige. So kam es, daß in der oben schon erwähnten Versammlung des Werkes am Mittwoch, die sich eigentlich nach der Taarordnung mit der schlechtesten Behandlung seitens der Aufsicht befassen sollte, von 207 anwesenden Arbeitern einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, auf die Weisung und unter der Führung unseres Verbandes die Arbeit niederzulegen. Ein Beweis dafür, wie innerlich tief empört die Gasarbeiter über die fortgesetzte Prätension ihres Arbeiterausschusses waren.

Die ablehnende Haltung des Verwaltungsausschusses bzw. des Magistrates war um so unverständlicher, als die Gasdirektion selbst wiederholt ihre Meinung dahin festgelegt hatte, daß der Anfangslohn für die Gasarbeiter zu gering sei. Ein willkommeneres Kampfmittel speziell gegen die Essentlichkeit hin konnte es im Falle des Streikes wirklich nicht geben. Wohl wird sich die Gasdirektion nach dieser Richtung hin in Zukunft etwas mehr Reserve auflegen.

Auf Grund des gefaßten Beschlusses wurde sofort der Verbandsverband um die Streikgenehmigung angegangen, die denn auch am Samstag, den 14. Dezember, erfolgte. Ohne daß die Kollegen vom Werk an der Falschrechnung einen besonderen Beschluß gefaßt hätten, wären sie ohne weiteres ihren Kollegen vom Werk nachgekommen. Der Ausgang konnte also bei der zu 97 Proz. organisierten Arbeiterschaft der Gaswerke durchaus nicht zweifelhaft sein.

Inzwischen war Gasleiter Sebaß am 13. Dezember sowohl bei Herrn Oberbürgermeister v. Borscht und auf dessen Veranlassung hin auch bei der Gasdirektion vorbeigewesen. Und

wenn schließlich die Arbeitsniederlegung hinfällig wurde, so ist dieses Verdienst unstreitig dem Herrn Oberbürgermeister zuzuschreiben, der, die Gefährlichkeit der augenblicklichen Situation erkennend, unter Beiziehung des Referenten für die Gaswerke, Herrn Rechtsrat Panzer, ohne weiteres mit der Verbandsleitung in Unterhandlung trat. Wohl oder übel mußte sich auch die Gasedirektion dieser Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters fügen und gleichfalls mit der Organisation in Unterhandlungen eintreten. Gausleiter Sebalb erläuterte die hauptsächlich in Betracht kommenden Forderungen und reichte dieselben, um jedes Mißverständnis auszuschließen, dann auch noch schriftlich ein. Letzteres war um so mehr notwendig, als sowohl von Seiten des Herrn Rechtsrates Panzer als auch des Herrn Gasedirektors Nies fortgesetzt der Versuch gemacht wurde, unsere Forderungen mit einem von Seiten des ultramontanen Gemeindebevollmächtigten Wiggauer eingebrachten Verschleppungsantrag*) zu identifizieren.

Gegen das von Verbandsseite beigebrachte Zahlenmaterial war aber schlechterdings nicht viel einzuwenden, und so mußte wohl die Berechtigung der gestellten Forderungen sowohl von Seiten des Herrn Oberbürgermeisters, als auch der Gasedirektion zugestanden werden.

Gleichwohl verschänzte man sich hinter dem Verwaltungsausschuß der Gaswerke, der denn auch schließlich — nachdem alle Vorbereitungen für den Ausstand gelöst waren — die Forderungen unseres Verbandes bewilligte. Die auf diese Weise erzielten Lohnerhöhungen beziffern sich auf jährlich etwa 30 000 Mk.

Ab 1. Januar beträgt also nun der Grundlohn bei den Gasarbeitern 3,50 Mk. (bisher 3,30 Mk.); für die Generatoren und Steigrohrputzer wird eine Erleichterung der Arbeit dadurch geschaffen, daß das Schmieren der Renter wegfällt und durch eigene Arbeiter besorgt wird. Außerdem sollen die Gasbauarbeiter in Zukunft bei ihrer Verwendung zur Gasarbeit zum Lohne der Gasarbeiter einen Zuschlag analog ihrer Dienstzeit im Feuerbaue erhalten. Nach 15-jähriger Dienstzeit im Gasbaue erhalten also die Motorenarbeiter bei der Gasarbeit den gleichen Lohn, und es steht ihnen somit frei, aus dem Gasbaue herauszugeben. Daß die Direktion dabei die alten, langjährig im Dienst stehenden Arbeiter fördern will, ist ja klar. Doch dürfte sie dabei gegebenenfalls doch die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

Nachdem also der Verwaltungsausschuß so die Forderungen des Verbandes bewilligt hatte, warf er sie wieder in die Urne und man machte der Verbandsleitung, mit der man offiziell die Verhandlungen eingeleitet hatte, keine Mitteilung. Schnell wurde noch der Arbeiterstand zusammengetrommelt (obwohl gar kein

Tagesordnung vorlag) und ihm die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses mit dem Auftrage bekanntgegeben, diese der Versammlung mitzuteilen. Ob dieses Verhalten besonders „gentlemanlike“ war, darüber dürfte unter der Arbeiterschaft bloß eine Meinung sein, weshalb wir uns mit der einfachen Registrierung begnügen.

Die entscheidende Versammlung war für Mittwoch, den 18. Dezember, im Petersteller einberufen. Lange vor der festgesetzten Zeit schon waren sämtliche Lokalitäten überfüllt. Eine Auszählung der Anwesenden ergab, daß mehr als 500 Personen anwesend waren.

Gausleiter Sebalb erläuterte den Gang der Verhandlungen und übte insbesondere auch an den Provokationen des Aufsichtspersonals herbe Kritik. Bei den Verhandlungen wurde seitens der Direktion versichert, daß seit dem Eingreifen unserer Organisation ein geordnetes Zusammenarbeiten und mehr Harmonie unter den Arbeitern bestehe. Insbesondere müsse er mit Befriedigung konstatieren, daß dem Alkohol nicht mehr in dem Uebermaße wie früher gekostet werde. Die Organisation hat also ihren erzieherischen Einfluß sehr bemerkbar gemacht. Ein Zugeständnis, das wir sehr gern akzeptieren.

Besonders schlimm kam in den Ausführungen Sebalbs die „Vereinigung städtischer Arbeiter“ (Lokalverein) weg, die in einem drei Tage vor der geplanten Arbeitsniederlegung verbreiteten Flugblatt in ganz unverblümter Weise den Streikbruch propagierte. Nur schade, daß diese Sippe in den Gaswerken keinen Anfang hat. Wenn in dem Flugblatte der „Vereinigung“ gesagt wurde, „es sei eine Gewissenlosigkeit, den Streikgedanken unter die städtischen Arbeiter zu werfen“, so könne die Gewissenlosigkeit nur bei jenen Leuten liegen, die in dem Moment, in dem sich eine Kategorie anschießt, durch den Kampf ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, ihre Mitglieder indirekt auffordert, Streikbrecherdienste zu leisten, um die eigenen Kollegen niederzudrücken. Denn selbstverständlich hätte die Gasedirektion ohne weiteres nach den in der Vereinigung entsprechend vorbereiteten Leuten gegriffen.

Auch die Gasedirektion bekam ihren Dentsettel. Prüfte sich Herr Direktor Nies doch damit, daß er noch 500 Personen vorgemerkelt habe. Sebalb erklärte hierzu, es sei eine Verleumdung der Münchener Arbeiterschaft, alle jene, welche sich in der Gasanstalt vormerken ließen, mit Streikbrechern zu identifizieren. Tatsächlich wären die außerhalb der städtischen Betriebe lebenden Leute durchaus nicht zu fürchten, die fühlten sich mit den Gasarbeitern solidarisch.

Sowohl die Gasedirektion als auch der Referent, Rechtsrat Panzer, habe versucht, die strittigen Punkte nochmals den Instanzen weg geben zu lassen, damit habe er (Sebalb) aber nicht einverstanden sein können. Angesichts des nunmehr Erzielten schlage er der Versammlung vor, von der Arbeitsniederlegung Abstand zu nehmen.

*) Antrag Wiggauer im Gemeinde-Kollegium vom 14. November 1907: „Es sollen Erhebungen gepflogen werden (!), was es kosten würde, wenn der Grundlohn von 3,30 auf 3,50 Mk. erhöht würde.“

■ ■ ■ ■ ■ An die Alten! ■ ■ ■ ■ ■

Ein Jahr voll Kampf, ein Jahr voll Sieg
Ist wieder abgeschlossen.

Habt Dank und haltet aus im Krieg,
Ihr treuen Weggenossen!

Noch ist die Arbeit hart und schwer
Um das, was müd' und träge,
Und eines mächt'gen Feindes Heer
Umlauert unsre Wege.

Des Unverständes dunkle Nacht
Ruhet noch auf allen Tiesen,
Wieviele auch schon aufgewacht
Die unsre Stimmen riefen —
Und darum kommen wir zu Euch,
Ihr Väter Eurer Söhne:
Helft, daß die Wahrheit donnergleich
Dies dunkle Tal durchdröhne!

Sind wir nicht Geist von Euerm Geist
Und Blut von Euerm Blute?
Uns hat dieselbe Not gespeist,
Uns schlägt dieselbe Rute!
In uns wächst Eure troh'ge Kraft,
Helft sie zur Reife bringen.
Helft, daß uns nicht der Arm erschlaft,
Dann muß der Sieg gelingen!

Ihr habt den heil'gen Grund gelegt
Zum neuen Menschentume,
Helft, daß der Boden Früchte trägt
Zu Euerm ew'gen Ruhme!
Wir wollen rechte Erben sein,
Drum reicht uns Eure Hände,
Daß in der Wahrheit Flammenschein
Sich einst das Werk vollende!

Klara Dobm-Ludw.

mann-Hollweg erlebt zu werden. Der neue Herr charakterisierte sich treffend, als er auf dem drüßlich nationalen Kongress vom 20. bis 22. Oktober den Arbeitern Gleich, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Zufriedenheit empfahl. Wenn doch die Herren Unternehmer einmal aus so erlauchtem Munde diese biblischen Weisheiten zu hören bekämen. Sie könnten's brauchen!

Angeklungen ist das neue Vereinsgesetz als Weinachtsangebinde herausgekommen. Wie haben es bereits hinlänglich charakterisiert. Es bedarf einer gründlichen Umgestaltung. Auch die kürzlich erschienene Novelle zur Gewerbeordnung ist viel zu verfaßelt und bürokratisch.

So bieten die politischen Vorgänge wohl vielerlei, aber wenig gutes für die Arbeiter. Nichtsdestowenig waren noch der Essener sowie der preussische Parteitag, über die wir gleichfalls eingehend berichtet haben.

Wie haben nun im verfloßenen Jahre die deutschen Gewerkschaften ihre Position besetzt und verstärkt? Ein abschließendes Urteil über den Mitgliederbestand läßt sich im gegenwärtigen Moment noch nicht abgeben. Jedenfalls dürften die freien Gewerkschaften der zweiten Million Streiter sehr nahe stehen, wenn sie nicht gar überholt ist. Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß der Aufstieg namentlich in der zweiten Hälfte 1907 wieder etwas langsamer vor sich zu gehen scheint, als im verfloßenen Jahre.

Die Unternehmer haben das System der Aussperrungen fortgesetzt und sind überaus rührig gewesen, um nur ja nicht von ihrem geheiligten Profit zuviel abgeben zu müssen. Zwar war in der Metallindustrie verhältnismäßige Ruhe eingekehrt, dafür hatten aber die Holzarbeiter einen geradezu einzig dastehenden, siebzehn Wochen andauernden Kampf zu führen, der ein glänzendes Zeugnis für den Eifer und die organisierten Kollegen war. Über 200.000 Mk. Kosten verursachte dieser aufgewungene Kampf der Organisation, wovon circa 1 Million durch Extrabeiträge aufgebracht wurden. Wahrlich ein leuchtendes Beispiel auch für andere Arbeiterkategorien — auch für uns! Ob nun aber der Friede längere Zeit zu sichert ist im Holzgewerbe, erscheint recht fraglich; die nächsten Wochen schon werden es lehren. Auch die Bauarbeiter hatten zahlreiche und heftige Kämpfe im verfloßenen Jahre zu bestehen. Namentlich ist der Berliner Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit circa 50.000 Beteiligten wohl in aller Gedächtnis. Das Geheimprotokoll des Unternehmerverbandes für das Baumgewerbe läßt auf weitere rücksichtslose Ausperrungen im kommenden Jahre schließen. Aber auch die Arbeiter sind gerüttelt und werden sich zu wehren wissen.

Die im August befindliche wirtschaftliche Krise wirkt bereits ihre schwarzen Schatten voraus. Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und steigender Übermut bei den Unternehmern sind sichere Anzeichen für den Einbruch der Lage. Die „Arbeitgeber-Zyklone“ wird unvermeidlich den ja bereits droht nun Verabsiehung der ohnehin viel zu niedrigen Löhne an. Altem Anschein nach wird also ein verwegenes Risiko vor sich gehen. Da muß es sehr zu stehen und Ausdauer zu besitzen. Aber auch der verderblichen Arbeiterzerfplitterung muß ein Ende bereitet werden! Die Sozialisten dürfen in den nächsten Tagen in ihrer großen Mehrheit zu uns stoßen. Das ist ein erfreuliches Symptom. Die Christlichen verbinden regelmäßig durch vernünftige Forderungen und Anpreisung ihre Erklärungsbedürfnisse zu erreichen. Sie sind und bleiben eine Sackgasse, ihre schändliche Sozialisten eine modernen Arbeiterbewegung.

Die „Welt“ endlich, die sich im verfloßenen Jahre gegen ein christlich-rechts in Hamburg zu setzen fand, gehört den Unternehmern, um die wir sie nicht brauchen. Wir glauben nicht daran, daß diese Arbeiterverräter und Unter-

nehmerhülfslinge jemals in Deutschland irgendwie eine größere Rolle spielen könnten. Wir halten sie geradezu für eine Krankheitserrscheinung und haben das unverminderte Vertrauen zur deutschen Arbeiterklasse, daß sie sich von diesen Schmaragern frei zu machen weiß.

Unterdessen wächst auch der dritte große Zweig des emporstrebenden Baumes der Arbeiter- und Kultur-Entwicklung. Das Genossenschaftswesen blüht und sobald einmal in Berlin die vorhandene Kurheit in der Genossenschaftsfrage überwunden sein wird, dürften sich neue ungeheure Fortschritte zeigen, die zur weiteren Festigung des Einflusses der deutschen Arbeiterklasse im Staats- und Gesellschaftsleben führen werden.

Den vielen unerfreulichen Erscheinungen aus dem Jahre 1907, wie z. B. der Hochverratsprozeß Liebknecht, stehen jedenfalls weit mehr Fortschritte und Verheißungen gegenüber und wenn wir Aktiva mit Passiva vergleichen sollen, so bleibt die sichere Gewähr, daß der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse unaufhaltbar ist. Ihn zu beschleunigen haben wir uns zur Pflicht gemacht. Möge darum auch im neuen Jahr jeder mit allen Kräften diesem Ziele zustreben. Das soll uns ein heiliges Gelübnis sein!

Verhülter Gasarbeiterstreik in München.

Was die Zeitung der Mittlere Münchner längst vorausah, es ist zum Ereignis geworden. Wie ein drohendes Gewitter stand vor den Weihnachtstagen ein Ausbruch sämtlicher Gasarbeiter Münchens in greifbarer Nähe. Bittere Nacht in letzter Stunde eine glückliche Fehlschlag erfolgt, so wäre der Ausbruch des Streikes und damit eine schwere Schädigung des gesamten Wirtschafts- und Erwerbslebens unvermeidlich gewesen. Und niemand anderen hätte die Verantwortung treffen müssen, als jenen hohen Herren, die in Bestimmung der tatsächlichen Verhältnisse auf die verschiedenen Forderungen des Arbeiterausschusses der Gaswerke lediglich ein hieronisches „Nein“ zurück hatten. Die Arbeiter des Gaswerks trübten in ihrer Versammlung am 12. Dezember eine Resolution von so deutlicher Sprache, daß niemand mehr an den Einbruch der Situation zweifeln konnte. Waren doch alle Wünsche der Gasarbeiter, die auf Befriedigung ihrer politischen Lage hinausliefen, nach einer endlosen Verdrängung glatt abgelehnt. Ein solches „Nein“ hatte sich der Arbeiterausschuss bemerkt, um die vorliegenden Fragen den id. verfalligen Anbahnungsweg durchzuführen; mit immer mit demselben negativen Erfolg.

So hätte sich der Gänzlich ins Ungewöhnliche; schlechte Verhandlung der Arbeiter Seite der Arbeiter tat noch das übrige. So kam es, daß in der oben schon erwähnten Versammlung des 28. des am nächsten, die sich ebenfalls nach der Anordnung mit der nächsten Verhandlung seitens der Arbeiter beinahe 207 anwesenden Arbeiter einstimmig der Forderung gestellt wurde, auf die Forderung und unter der Forderung unseres Verbandes die Arbeit niederzulegen. Ein Beweis dafür, wie innerlich tief empört die Gasarbeiter über die fortgesetzte Ausperrung ihres Arbeiterausschusses waren.

Die ablehnende Haltung des Personal-Ausschusses gegen das Kommando war auf so unerschütterlicher, als die Gasarbeiter selbst. In ihrer Sitzung hatte beschlossen, daß der Ausbruch des Streikes zu gering sei, um vollkommenen Kampfes mit der Gesellschaft zu sein. Die Gesellschaft hat keine Lust, das Streikrecht nicht geben. Wohl und sich die Gasarbeiter nach dieser Richtung hin in Zukunft einen mehr Reserve zu machen.

Auf Grund der politischen Situation wurde sofort der Verband der Gasarbeiter in die Streikhandlung anzuweisen, die denn auch am Sonntag, den 11. Dezember, erfolgte. Eine daß die Gasarbeiter zum Werk an der Forderung der Arbeiter einen besonderen Beistand nicht hatten, hatten sie eine heftige ihren Kollegen vom Werk zu ziehen. Die Gasarbeiter konnten also bei der 97. Prozentum an der Forderung der Gasarbeiter durchaus nicht gescheitert sein.

Am Montag, den 12. Dezember, am 13. Dezember, aber sowohl bei der Überlegung des v. Porst und auf diesen Verordnungen für auch bei der Gasarbeiter Verordnungen. Und

wenn schließlich die Arbeitsüberlegung hinfällig wurde, so ist dieses Verdienst unstreitig dem Herrn Oberbürgermeister zuzurechnen, der, die Gefährlichkeit der augenblicklichen Situation erkennend, unter Beiziehung des Referenten für die Gaswerke, Herrn Richter Rat Panzer, ohne weiteres mit der Verbandsleitung in Unterhandlung trat. Wohl oder übel mußte sich auch die Gasdirection dieser Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters fügen und gleichfalls mit der Organisation in Unterhandlungen eintreten. Gauleiter Sebalb erläuterte die hauptsächlich in Betracht kommenden Forderungen und reichte dieselben, um jedes Mißverständnis auszuschließen, dann auch noch schriftlich ein. Letzteres war um so mehr notwendig, als sowohl von Seiten des Herrn Richters Rat Panzer als auch des Herrn Gasdirectors Mies fortgesetzt der Versuch gemacht wurde, unsere Forderungen mit einem von Seiten des ultramontanen Gemeindebevollmächtigten Wiggauer eingebrachten Verschleppungsantrag¹⁾ zu identifizieren.

Gegen das von Verbandsseite beigebrachte Zahlenmaterial war aber schlechterdings nicht viel einzuwenden, und so mußte wohl die Verechtigung der gestellten Forderungen sowohl von Seiten des Herrn Oberbürgermeisters, als auch der Gasdirection zugestanden werden.

Gleichwohl verschanzte man sich hinter dem Verwaltungsausschuß der Gaswerke, der denn auch schließlich -- nachdem alle Vorbereitungen für den Ausstand getroffen waren -- die Forderungen unseres Verbandes benutzte. Die auf diese Weise erzielten Lohnerhöhungen betrafen sich auf jährlich etwa 30.000 Mk.

Ab 1. Januar beträgt also nun der Grundlohn bei den Gasarbeitern 3,70 Mk. (bisher 3,50 Mk.); für die Generatoren und Steigrohrarbeiter wird eine Erleichterung der Arbeit dadurch geschaffen, daß das Schmirren der Brenner losfällt und durch eigene Arbeiter besorgt wird. Außerdem sollen die Gasbauarbeiter in Zukunft bei ihrer Verwendung zur Reparatur zum Lohne der Gasarbeiter einen Zuschlag analog ihrer Tätigkeit im Feuerbaue erhalten. Nach 15-jähriger Dienzeit im Gasbaue erhalten also die Meisterknechte frei, aus dem Gasbaue herauszugehen. Daß die Direction dabei die alten, langjährig im Dienst stehenden Arbeiter fördern will, ist ja klar. Doch dürfte sie dabei gegebenenfalls doch die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

Nachdem also der Verwaltungsausschuß, so die Forderungen des Verbandes bewilligt hatte, warf er sie wieder in die Waagschale und machte der Verbandsleitung, mit der man offiziell die Verhandlungen eingeleitet hatte, keine Mitteilung. Schnell wurde nach der Arbeitsüberlegung zusammengetrommelt (sowohl gaslein

Tagesordnung vorlag) und ihm die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses mit dem Auftrage bekanntgegeben, diese der Versammlung mitzuteilen. Ob dieses Verhalten befriedigend „gentlemanlike“ war, darüber dürfte unter der Arbeiterschaft bloß eine Meinung sein, weshalb wir uns mit der einfachen Registrierung begnügen.

Die entscheidende Versammlung war für Mittwoch, den 18. Dezember, im Petersteller einberufen. Lange vor der festgesetzten Zeit schon waren sämtliche Lokalitäten überfüllt. Eine Auszählung der Anwesenden ergab, daß mehr als 500 Personen anwesend waren.

Gauleiter Sebalb erläuterte den Gang der Verhandlungen und übte insbesondere auch an den Provokationen des Aufsichtspersonals herbe Kritik. Bei den Verhandlungen wurde festens der Treuehaftigkeit versichert, daß seit dem Eingreifen unserer Organisation ein geordneteres Zusammenarbeiten und mehr Harmonie unter den Arbeitern bestehe. Insbesondere müsse er mit Befriedigung konstatieren, daß dem Alkohol nicht mehr in dem Maße wie früher geschönt werde. Die Organisation hat also ihren ergiebigen Einfluß sehr bemerkbar gemacht. Ein Zugeständnis, das wir sehr gern akzeptieren.

Besonders schmerzhaft war in den Ausführungen Sebalbs die „Vereinigung städtischer Arbeiter“ (Kasaberein) wegen, die in einem drei Tage vor der geplanten Arbeitsüberlegung verbreiteten Flugblatt in ganz unverblümter Weise den Streikbruch propagierte. Nur schade, daß diese Sippe in den Gaswerken keinen Anklang fand. Wenn in dem Flugblatte der „Vereinigung“ gesagt wurde, „es sei eine Gewissenlosigkeit, den Streikadanten unter die städtischen Arbeiter zu werfen“, so konnte die Gewissenlosigkeit nur bei jenen Leuten liegen, die in dem Moment, in dem sich eine Katastrophe anbahnt, durch den Dampf ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, ihre Mitalliierten indirekt auffordert, Streikbrecherdienste zu leisten, um die eigenen Kollegen niederzujuden. Denn selbstverständlich hätte die Gasdirection ohne weiteres nach den in der Vereinigung entsprechend vorbereiteten Leuten gegriffen.

Auch die Gasdirection bekam ihren Dentschel. Prüfte sich Herr Direktor Mies doch damit, daß er noch 500 Personen vor-gemerkelt habe. Sebalb erklärte hieron, es sei eine Verleumdung der Münchener Arbeiterschaft, alle jene, welche sich in der Gas-anstalt vorsetzen ließen, mit Streikbrechern zu identifizieren. Tatsächlich waren die außerhalb der städtischen Betriebe stehenden Leute durchaus nicht zu fürchten, die saßten sich mit den Gasarbeitern solidarisch.

Sowohl die Gasdirection als auch der Referent, Richter Rat Panzer, habe versucht, die kritischen Punkte nochmals den Anhängen weg geben zu lassen, damit habe er (Sebalb) aber nicht einverstanden sein können. Angehends des nunmehr Erreichten schlage er der Versammlung vor, von der Arbeitsüberlegung Abstand zu nehmen.

¹⁾ Antrag Wiggauer im Gemeinde-Kollegium vom 11. November 1907: „Es sollen Erhöhungen gestiegen werden (1), 1908 es sollten wurde, wenn der Grundlohn von 3,50 auf 3,50 Mk. erhöht wurde.“

*** An die Alten! ***

Ein Jahr voll Kampf, ein Jahr voll Sieg
Ist wieder abgeschlossen.
Habt Dank und haltet aus im Krieg,
Ihr treuen Weggenossen!
Noch ist die Arbeit hart und schwer
Um das, was müd' und träge,
Und eines mächt'gen Feindes Heer
Umlauert unsre Wege.

Des Unverständes dunkle Nacht
Rubt noch auf allen Tiesen,
Wieviele auch schon aufgewacht
Die unsre Stimmen riefen -
Und darum kommen wir zu Euch,
Ihr Väter Eurer Söhne:
Helft, daß die Wahrheit donnergleich
Dies dunkle Tal durchdröhne!

Sind wir nicht Geist von Euerm Geist
Und Blut von Euerm Blute?
Uns hat dieselbe Not gespeist,
Uns schlägt dieselbe Rute!
In uns wächst Eure troh'ge Kraft,
Helft sie zur Reife bringen.
Helft, daß uns nicht der Arm erschlaft,
Dann muß der Sieg gelingen!

Ihr habt den heil'gen Grund gelegt
Zum neuen Menschentume,
Helft, daß der Boden Früchte trägt
Zu Euerm ew'gen Ruhme!
Wir wollen rechte Erben sein,
Drum reicht uns Eure Hände,
Daß in der Wahrheit Flammenschein
Eich einst das Werk vollende!

mann-Hollweg ersetzt zu werden. Der neue Herr charakterisierte sich treffend, als er auf dem christlich nationalen Kongress vom 20. bis 22. Oktober den Arbeitern Fleiß, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Zufriedenheit empfahl. Wenn doch die Herren Unternehmer einmal aus so erlauchtem Munde diese biblischen Weisheiten zu hören bekämen. Sie könnten brauchen!

Inzwischen ist das neue Vereinsgesetz als Weihnachtsgeschenke herausgekommen. Wir haben es bereits hinlänglich charakterisiert. Es bedarf einer gründlichen Umgestaltung. Auch die kürzlich erschienene Novelle zur Gewerbeordnung ist viel zu verklausuliert und bureaukratisch.

So bieten die politischen Vorgänge wohl vielerlei, aber wenig gutes für die Arbeiter. Nichtsdesto weniger noch der Eisener sowie der preussische Parteitag, über die wir gleichfalls eingehend berichtet haben.

Wie haben nun im verfloffenen Jahre die deutschen Gewerkschaften ihre Position befestigt und verstärkt? Ein abschließendes Urteil über den Mitgliederbestand läßt sich im gegenwärtigen Moment noch nicht abgeben. Jedenfalls dürften die freien Gewerkschaften der zweiten Million Streiter sehr nahe stehen, wenn sie nicht gar überholt ist. Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß der Aufstieg namentlich in der zweiten Hälfte 1907 wieder etwas langsamer vor sich zu gehen scheint, als im verfloffenen Jahre.

Die Unternehmer haben das System der Ausperrungen fortgesetzt und sind überaus rührig gewesen, um nur ja nicht von ihrem geheiligten Profit zuviel abgeben zu müssen. Zwar war in der Metallindustrie verhältnismäßige Ruhe eingekehrt, dafür hatten aber die Holzarbeiter einen geradezu einzig dastehenden, sieben Wochen andauernden Kampf zu führen, der ein glänzendes Zeugnis für den Spiermut der organisierten Kollegen war. Über 2 700 000 Mk. Kosten verursachte dieser aufgezogene Kampf der Organisation, wovon circa 1 Million durch Extrabeiträge aufgebracht wurden. Wahrlich ein leuchtendes Beispiel auch für andere Arbeiterkategorien — auch für uns! Ob nun aber der Friede längere Zeit sichert ist im Holzgewerbe, erscheint recht fraglich; die nächsten Wochen schon werden es lehren. Auch die Bauarbeiter hatten zahlreiche und heftige Kämpfe im verfloffenen Jahre zu bestehen. Namentlich ist der Berliner Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit circa 50 000 Beteiligten wohl in aller Gedächtnis. Das Geheimprotokoll des Unternehmerverbandes für das Baugewerbe läßt auf weitere rücksichtslose Ausperrungen im kommenden Jahre schließen. Aber auch die Arbeiter sind gerüstet und werden sich zu wehren wissen.

Die im Auge befindliche wirtschaftliche Krise wirkt bereits ihre schwarzen Schatten voraus. Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und steigender Übermut bei den Unternehmern sind sichere Anzeichen für den Ernst der Lage. Die „Arbeitgeberzeitung“ wird unverdächtig dem je. Bereits droht man Herabsetzung der ohnehin viel zu niedrigen Löhne an. Allen Anschein nach wird also ein verzweifelter Ringen vor sich gehen. Da gilt es fest zu stehen und Ausdauer zu besitzen. Aber auch der verbliebenen Arbeiterzersplitterung muß ein Ende bereitet werden! Die Lokalkisten dürfen in den nächsten Tagen in ihrer großen Mehrheit zu uns stoßen. Das ist ein erfreuliches Symptom. Die „Christlichen“ versuchen vergeblich durch verkehrte Reklame und Anpreisung ihre Existenzberechtigung zu erweisen. Sie sind und bleiben eine Halbheit, eine schwächliche Maske einer modernen Arbeiterbewegung.

Die „Gelben“ endlich, die sich im verfloffenen Jahr sogar zu einem Kongress in Hamburg zusammen fanden, gehören den Unternehmern, um die wir sie nicht beneiden. Wir glauben nicht daran, daß diese Arbeiterverräter und Unter-

nehmerhülfslinge jemals in Deutschland irgendwie eine größere Rolle spielen könnten. Wir halten sie geradezu für eine Krankheitserscheinung und haben das unverminderte Zutrauen zur deutschen Arbeiterklasse, daß sie sich von diesen Schmarognern frei zu machen weiß.

Unterdessen wächst auch der dritte große Zweig des emporstrebenden Baues der Arbeiter- und Kultur-Entwicklung. Das Genossenschaftswesen blüht und sobald einmal in Berlin die vorhandene Rauheit in der Genossenschaftsfrage überwunden sein wird, dürften sich neue ungeahnte Perspektiven zeigen, die zur weiteren Festigung des Einflusses der deutschen Arbeiterklasse im Staats- und Gesellschaftsleben führen werden.

Den vielen unerfreulichen Erscheinungen aus dem Jahre 1907, wie z. B. der Hochverratsprozeß Liebknecht, stehen jedenfalls weit mehr Fortschritte und Verheißungsvolle Aussätze gegenüber und wenn wir Aktiva mit Passiva vergleichen sollen, so bleibt die sichere Gewähr, daß der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse unaufhaltsam ist. Ihn zu beschleunigen haben wir uns zur Pflicht gemacht. Möge darum auch im neuen Jahr jeder mit allen Kräften diesem Ziele zustreben. Das soll uns ein heiliges Gelöbnis sein!

Verhüteter Gasarbeiterstreik in München.

Was die Zeitung der Jüdische München längst vorausah, es ist zum Ereignis geworden. Wie ein drohendes Gewitter stand vor den Weihnachtstagen ein Ausstand sämtlicher Gasarbeiter Münchens in greifbarer Nähe. Wäre nicht in letzter Stunde eine gütliche Verständigung erfolgt, so wäre der Ausbruch des Streikes und damit eine schwere Schädigung des gesamten Wirtschafts- und Erwerbslebens unvermeidlich gewesen. Und niemand anderen hätte die Verantwortung treffen müssen, als jenen hohen Herren, die in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse auf die widerholten Vorstellungen des Arbeiterausschusses der Gaswerke lediglich ein herabgesetztes „Nein“ übrig hatten. Die Arbeiter des Gaswerkes mühten sich in ihrer Versammlung am 12. Dezember eine Resolution von so deutlicher Sprache, daß niemand mehr an dem Ernst der Situation zweifeln konnte. Wurden doch alle Wünsche der Gasarbeiter, die auf Verbesserung ihrer pekuniären Lage hinausliefen, nach einer endlosen Verschleppung glatt abgelehnt. Ein solches Jahr hatte sich der Arbeiterausschuß bemüht, um die vorliegenden Eingaben den schwerfälligen Instanzenweg durchzukriegen; aber immer mit demselben negativen Erfolg.

So hätte sich der Jüdische ins Ungeheuerliche; schlechte Verhandlung der Arbeiter seitens der Aufsicht tat nach das übrige. So kam es, daß in der oben schon erwähnten Versammlung des Werkes am 12. Dezember, die sich eigentlich nach der Terminierung mit der nächsten Verhandlung seitens der Aufsicht befaßt sollte, von 207 anwesenden Arbeitern einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, auf die Werbung und unter der Führung anderer Verbände die Arbeit niederzulegen. Ein Beweis dafür, wie innerlich tief empört die Gasarbeiter über die fortgesetzte Kränkung ihres Arbeiterausschusses waren.

Die ablehnende Haltung des Verwaltungsausschusses bzw. des Magistrates war um so unverständlicher, als die Gasdirektion selbst wiederholt ihre Meinung dahin festgelegt hatte, daß der Anfangslohn für die Gasarbeiter zu gering sei. Ein willkommener Kampfsmittel speziell gegen die Verantwortlichen hin konnte es im Falle des Streikes wirklich nicht geben. Wohl wird sich die Gasdirektion nach dieser Richtung hin in Zukunft etwas mehr Reserve auflegen.

Auf Grund des gefaßten Beschlusses wurde sofort der Verbandsrat und die Streikkommission angeworben, die denn auch am Samstag, den 14. Dezember, erfolgte. Ohne daß die Kollegen vom Wert an der Falschrechnung einen besonderen Beschluß gefaßt hätten, wären sie ohne weiteres ihren Kollegen vom Werk nachgefolgt. Der Ausgang konnte also bei der zu 97 Proz. organisierten Arbeiterschaft der Gaswerke durchaus nicht zweifelhaft sein.

Inzwischen war Gasarbeiter Sebalts am 13. Dezember sowohl bei Herrn Oberbürgermeister v. Borscht und auf dessen Veranlassung hin auch bei der Gasdirektion vorbeigewesen. Und

wenn schließlich die Arbeitsniederlegung hinfällig wurde, so ist dieses Verdienst unstreitig dem Herrn Oberbürgermeister zuzurechnen, der, die Gefährlichkeit der augenblicklichen Situation erkennend, unter Weizichung des Referenten für die Gaswerke, Herrn Medizrat Panzer, ohne weiteres mit der Verbandsleitung in Unterhandlung trat. Wohl oder übel mußte sich auch die Gassirection dieser Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters fügen und gleichfalls mit der Organisation in Unterhandlungen eintreten. Gaußleiter Sebald erläuterte die hauptsächlich in Betracht kommenden Forderungen und reichte dieselben, um jedes Mißverständnis auszuschließen, dann auch noch schriftlich ein. Letzteres war um so mehr notwendig, als sowohl von Seiten des Herrn Medizrates Panzer als auch des Herrn Gassdirektors Ries fortgesetzt der Versuch gemacht wurde, unsere Forderungen mit einem von Seiten des ultramontanen Gemeindebevollmächtigten Wiggauer eingebrachten Versäppungsantrag¹⁾ zu identifizieren. Gegen das von Verbandsseite beigebrachte Zahlenmaterial war aber schlechterdings nicht viel einzuwenden, und so mußte wohl die Berechtigung der gestellten Forderungen sowohl von Seiten des Herrn Oberbürgermeisters, als auch der Gassirection zugestanden werden.

Gleichwohl verschänzte man sich hinter dem Verwaltungsausschuss der Gaswerke, der denn auch schließlich — nachdem alle Vorbereitungen für den Ausstand getroffen waren — die Forderungen unseres Verbandes bewilligte. Die auf diese Weise erzielten Lohnerhöhungen beziffern sich auf jährlich etwa 30 000 Mk.

Am 1. Januar beträgt also nun der Grundlohn bei den Gasarbeitern 3,50 Mk. (bisher 3,30 Mk.); für die Generatoren und Steigrohrputzer wird eine Erleichterung der Arbeit dadurch geschaffen, daß das Schmirnen der Erreiter wegfällt und durch eigene Arbeiter besorgt wird. Außerdem sollen die Gashausarbeiter in Zukunft bei ihrer Verwendung zur Gasarbeit zum Lohne der Gasarbeiter einen Zuschlag analog ihrer Dienstzeit im Feuerhause erhalten. Nach 15-jähriger Dienstzeit im Gaswerke erhalten also die Motorenarbeiter bei der Gasarbeit den gleichen Lohn, und es steht ihnen somit frei, aus dem Gashaus herauszugehen. Daß die Direction dabei die alten, langjährig im Dienst stehenden Arbeiter fördern will, ist ja klar. Doch dürfte sie dabei gegebenenfalls doch die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

Nachdem also der Verwaltungsausschuss so die Forderungen des Verbandes bewilligt hatte, warf er sie wieder in die Luft und man machte der Verbandsleitung, mit der man offiziell die Verhandlungen eingeleitet hatte, keine Mitteilung. Schnell wurde noch der Arbeiterausschuss zusammengekommen (obwohl gar kein

Tagesordnung vorlag) und ihm die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses mit dem Auftrage bekanntgegeben, diese der Versammlung mitzuteilen. Ob dieses Verhalten besonders „gentlemanlike“ war, darüber dürfte unter der Arbeiterschaft bloß eine Meinung sein, weshalb wir uns mit der einfachen Registrierung begnügen.

Die entscheidende Versammlung war für Mittwoch, den 18. Dezember, im Peterstaller einberufen. Lange vor der festgesetzten Zeit schon waren sämtliche Lokalitäten überfüllt. Eine Auszählung der Anwesenden ergab, daß mehr als 500 Personen anwesend waren.

Gaußleiter Sebald erläuterte den Gang der Verhandlungen und übte insbesondere auch an den Provokationen des Aufsichtspersonals herbe Kritik. Bei den Verhandlungen wurde seitens der Direction versichert, daß seit dem Eingreifen unserer Organisation ein geordnetes Zusammenarbeiten und mehr Harmonie unter den Arbeitern bestehe. Insbesondere müsse er mit Befriedigung konstatieren, daß dem Alkohol nicht mehr in dem Uebermaße wie früher gekrönt werde. Die Organisation hat also ihren erzieherischen Einfluß sehr bemerkbar gemacht. Ein Zugeständnis, das wir sehr gern akzeptieren.

Besonders schlimm kam in den Ausführungen Sebalds die „Vereinigung städtischer Arbeiter“ (Lokalverein) weg, die in einem drei Tage vor der geplanten Arbeitsniederlegung verbreiteten Flugblatt in ganz unverblümter Weise den Streikbruch propagierte. Nur schade, daß diese Sippe in den Gaswerken keinen Anklang hat. Wenn in dem Flugblatt der „Vereinigung“ gesagt wurde, „es sei eine Gewissenlosigkeit, den Streikgedanken unter die städtischen Arbeiter zu werfen“, so könne die Gewissenlosigkeit nur bei jenen Leuten liegen, die in dem Moment, in dem sich eine Kategorie anschickt, durch den Kampf ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, ihre Mitglieber indirekt auffordert, Streikbrecherdienste zu leisten, um die eigenen Kollegen niederzudrücken. Denn selbstverständlich hätte die Gassirection ohne weiteres nach den in der Vereinigung entsprechend vorbereiteten Leuten gegriffen.

Auch die Gassirection bekam ihren Zentzettel. Prüffte sich Herr Direktor Ries doch damit, daß er noch 500 Personen vorgemerket habe. Sebald erklärte hierzu, es sei eine Verleumdung der Münchener Arbeiterschaft, alle jene, welche sich in der Gasanstalt vormerken ließen, mit Streikbrechern zu identifizieren. Tatsächlich wären die außerhalb der städtischen Betriebe stehenden Leute durchaus nicht zu fürchten, die fühlten sich mit den Gasarbeitern solidarisch.

Sowohl die Gassirection als auch der Referent, Medizrat Panzer, habe versucht, die kritischen Punkte nochmals den Anhängern weg gehen zu lassen, damit habe er (Sebald) aber nicht einverstanden sein können. Angesichts des nunmehr Erreichten schlage er der Versammlung vor, von der Arbeitsniederlegung Abstand zu nehmen.

¹⁾ Antrag Wiggauer im Gemeindekollegium vom 11. November 1907: „Es sollen Erhebungen gepflogen werden (1), was es kosten würde, wenn der Grundlohn von 3,30 auf 3,50 Mk. erhöht würde.“

Un die Alten!

Ein Jahr voll Kampf, ein Jahr voll Sieg
Ist wieder abgeschlossen.

Habt Dank und haltet aus im Krieg,
Ihr treuen Weggenossen!

Noch ist die Arbeit hart und schwer
Um das, was müd' und träge,
Und eines mächt'gen Feindes Heer
Umlauert unsre Wege.

Des Unverständes dunkle Nacht
Ruht noch auf allen Tiefen,
Wieviele auch schon aufgewacht
Die unsre Stimmen riefen —
Und darum kommen wir zu Euch,
Ihr Väter Eurer Söhne:
Helft, daß die Wahrheit donnergleich
Dies dunkle Tal durchdröhne!

Sind wir nicht Geist von Euerem Geist
Und Blut von Euerem Blute?
Uns hat dieselbe Not gespeist,
Uns schlägt dieselbe Rute!
In uns wächst Eure troh'ge Kraft,
Helft sie zur Reise bringen.
Helft, daß uns nicht der Arm erschlaft,
Dann muß der Sieg gelingen!

Ihr habt den heil'gen Grund gelegt
Zum neuen Menschentume,
Helft, daß der Boden Früchte trägt
Zu Euerem ew'gen Ruhme!
Wir wollen rechte Erben sein,
Drum reicht uns Eure Hände,
Daß in der Wahrheit Flammenschein
Eich einst das Werk vollende!

Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses erstattete hierauf den Bericht von den beiden Tals über Kopf durch die Direktion einberufenen Sitzungen. Da kein Antrag vorlag, habe es der Arbeiterausschuß abgelehnt, zu unterhandeln, weil er von Arbeiterseite keinen Auftrag habe. Kompetent sei einzig die Organisation.

Nachdem noch verschiedene Kollegen ihre Genehmigung über das mannigfaltige Verhalten der Kollegen zum Ausdruck gebracht hatten, wurde der Vorschlag des Kollegen Sebalb mit allen gegen eine Stimme angenommen. Mit einem kräftigen, vom Beifall unterbrochenen Schlußwort des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Mohr, der aus Berlin herbeigeeilt war, und einem donnernden Hoch auf die modernen Arbeiterorganisationen fand die Versammlung ihr Ende.

Abends 10 Uhr fanden noch zwei kleinere Versammlungen direkt in der Nähe der Gaswerke für die eben aus der Schicht kommenden Arbeiter statt, um sie mit den in der Hauptversammlung gefaßten Beschlüssen zu informieren. Dort wurde lebhaft für die Arbeitsniederlegung gesprochen, um auch den 6. Mann pro Schicht für das Gashaus zu erreichen. Doch fanden schließlich die Beschlüsse der Hauptversammlung Zustimmung. (Die Angelegenheit des 6. Mannes ist noch nicht durch alle Instanzen erledigt.)

Mögen die Gasarbeiter auch für die fernere Zeit die nötige Lehre daraus ziehen, daß nur durch die Organisation eine Verbesserung ihrer Lage möglich ist. Mögen sie auch fernerhin darauf bedacht sein, daß das schleichende Gift gegnerischer Organisationen in den Gaswerten keinen Boden findet, dann können wir kalten Blutes der Zukunft ins Auge sehen.

Aber auch der Magistrat möge die Anträge des Arbeiterausschusses in Zukunft etwas mehr würdigen. Wäre es zum Kampfe gekommen, so hätte einzig und allein der Magistrat für die entstehenden Schäden die Verantwortung zu tragen gehabt.

F. S.

Die Forderungen der Kollegen zu Frankfurt a. M. zum Etat 1908.

Wie verbesserungsbedürftig die Lage der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M. ist, haben wir in Nr. 41 der „Gewerkschaft“ 1907 an nur einigen Beispielen gezeigt. Das kommt auch den Kollegen immer mehr zum Bewußtsein, je mehr sie an den Versammlungen teilnehmen und so mit dem öffentlichen Leben betraut gemacht werden können. Langsam aber sicher wächst daher auch die Zahl derer, die von diesem Impuls erfaßt und dem Drange nach „Vorwärts“ gehorchend, die Bahn ebenen helfen.

Schon eine am 30. August v. J. stattgefundene öffentliche Versammlung faßte einstimmig den Beschluß, zu den Etatsberatungen die bezügliche Forderungen zu stellen. Die inzwischen verstrichene Zeit ist daher auch zur Abhaltung von Betriebsversammlungen, in welchen die der Verbesserung am meisten bedürftigen Punkte besprochen wurden, ausgenutzt worden. Eine aus 15 Kollegen bestehende Kommission fertigte dann die einzureichenden Forderungen fest. Am 20. Dezember vorigen Jahres trat die Kommission mit ihren Vorschlägen an die Öffentlichkeit, um diese den Kollegen zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Eine zu diesem Zweck einberufene öffentliche Versammlung war glänzend besucht, so daß der große Saal des Gewerkschaftshauses von den etwa 700 städtischen Arbeitern beinahe vollständig gefüllt war. So viel städtische Arbeiter sind in Frankfurt noch nie zusammen gewesen, hörte man von allen Seiten die Kollegen sagen.

Am Stille des anfänglich verbindlichen Stadtverordneten Dr. Quard, welcher über die Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter referieren sollte, sprach Stadtverordneter Zielowski, der zunächst eine Gegenüberstellung der Verhältnisse in den städtischen Betrieben vor dem Jahre 1901 und der gegenwärtigen Lage zeichnete. In eingehender Weise schilderte Redner, wie man in der demokratischen Stadt Frankfurt lange Jahre an die städtischen Arbeiter abgebaut nicht gedacht hat. Erst im Jahre 1897 schaffte der Magistrat ein Regulator und 1901 wurde auf Veranlassung der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament eine Enquete veranstaltet, die traurige Verhältnisse zutage förderte. Löhne bis herab zu 2,70 Mk. und lange Arbeitszeit waren das Ergebnis. Die Festhaltung dieser Verhältnisse brachte Veranlassung zu weiteren Forderungen. Bei der Neuregelung werden die Arbeiter mit einer 10 Pfennigzulage ohne rufordentliche Kraft abgebaut, während es bei den Beamten Aufschüßungen bis zu 1200 Mk. gab. Die 10 Pfennigzulage wurde nicht einmal abgebaut und zollt. Solche Staatskassen düstern bei einem Etat von 30 Millionen nicht gerade. Bei den Beamten werden alle Unzulänglichkeiten im

Gehalt ohne Rücksicht auf den Etat ausgeglichen. Das kommt aber daher, weil die Beamten ihre Interessen besser zu vertreten wissen als die Arbeiter. Auch die Erhöhung der Gehälter der Magistratsmitglieder sowie der Schullehrer, die nach Aussage des Herrn Stadtrat ziehen nicht den Verhältnissen entsprechend bezahlt werden, ist erfolgt. Was für die Schullehrer zutrifft, trifft auch für die Arbeiter, die mit 1000-1200 Mk. (Zurufe: 500 Mk.) auskommen müssen. Nur durch Einigkeit in einer starken Organisation können die Verhältnisse gebessert werden.

Darauf referierte Kollege Marose über die von der Lohnkommission aufgestellten Forderungen. Die bisher bestehenden Verhältnisse, welche alles zu wünschen übrig lassen, besprochen, schilderte er eingehend die einzureichenden Punkte. Das Hauptanliegen sei auf die Einführung von Wochenlöhnen, die gründliche Umgestaltung der Lohnskala mit tariflich festgelegten Sätzen und die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet. Mit dem bisherigen System, wonach die ganzen Nachtbesammlungen den einzelnen Ressortvorständen eingeräumt sind, muß unbedingt gebrochen werden. Er macht dann im Namen der Lohnkommission folgende Vorschläge:

1. Sämtliche städtischen Arbeiter werden mit Wochenlöhnen nach dem in der Anlage beigefügten Lohnstarif entlohnt. Die bereits vorhandenen Monatslöhne bleiben bestehen. Dieselben sind auf den 28sten Betrag eines Schichtes des Wochenlohnes zu berechnen. Die Anfangslöhne gelten auch für neuereitretende unständige Arbeiter.
2. Die Arbeitszeit sämtlicher städtischen Arbeiter wird auf neun Stunden festgesetzt; für die Schichtarbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die Heizer der Pumpstationen, der Mühleanlage im Schlachthof, der Kläranlage, des Schwimmbades und den Krankenhäusern wird der Dreischichtwechsel mit der achtstündigen Arbeitszeit eingeführt. Für die Nachtarbeiter der Straßenreinigung beträgt die Arbeitszeit ebenfalls acht Stunden. Für die Zubehöre in den Zuhyparks wird die Arbeitszeit auf zehn Stunden beschränkt. Zum Versorgen der Pferde werden Stallburischen gestellt. An den Samstagen und Vorabenden der hohen Feste erfolgt der Arbeitschluß eine Stunde früher.
3. Nebenstunden bis 9 Uhr abends werden mit 33 1/2 Proz. Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeiten mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Zuschläge gelten für alle Arbeiter und auch für die, welche an den in die Woche fallenden, bezahlten Feiertagen arbeiten müssen.
4. Für außerhalb des Stadtgebietes zu verrichtende Arbeiten wird eine Entfernungszulage von 1 Mark pro Tag bezahlt.
5. Der alljährlich zu gewährende Erholungsurlaub beträgt nach dem 1. Dienstjahr 4 Tage, nach dem 3. Dienstjahr 6 Tage und nach 10 Jahren 11 Tage. Der auf Grund des § 18, Ziffer 2 Abs. 2 der Allgemeinen Arbeiterbestimmungen unter Fortzahlung des Lohnes zu gewährende Urlaub wird auf den Erholungsurlaub nicht angedreht.
5. Durch Krankheit oder Betriebsunfall verursachte Arbeitsunterbrechungen werden im Dienstalter angerechnet, auch wenn sie länger als 3 Monate dauern.
6. Jeder städtische Arbeiter, welcher 6 Monate ununterbrochen bei der Stadt beschäftigt und im Vollbesitz der Leistungsfähigkeit ist, wird als städtisch betrachtet und unter die städtischen Arbeiter eingereiht.

Inzwischen war auch Genosse Dr. Quard erschienen, der nun das Wort ergriff und in kurzen Zügen ein Bild über die Art und Weise gab, wie in der Stadtverwaltung „Sozialpolitik“ für Arbeiter getrieben wird. Die städtischen Arbeiter im allgemeinen und die Arbeiterausschüsse im besonderen müssen einmütig zusammenhalten, wenn die beschriebenen Forderungen erfüllt werden sollen. In Frankfurt a. M. müßten wir schon längst ein städtisches Arbeitsamt haben, wo die Verhältnisse unter Mitwirkung von Arbeitervertretern geregelt und über die Betriebsverhältnisse hinweg die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter festgelegt und auch zu den Beschlüssen der Stadtverwaltung und Stadtverordnetenversammlung Stellung genommen werden könnte. Die städtischen Stadtverordneten sind alle durch Geldsackrücksicht gebunden. Dieser dort bestehenden Macht können die städtischen Arbeiter nur dann wirksam begegnen, wenn sie derselben eine ebenso große entgegenstellen können und vor allem die notwendigen Opfer nicht scheuen. Er forderte die Anwesenden auf, mehr Klugheit, mehr Energie, mehr Einigkeit und eine gemeinsame Aktion zu bekunden, denn hätten die Forderungen auch bald erfüllt werden.

Nachdem in der Diskussion mehrere Kollegen für die vorgeschlagenen Forderungen gesprochen hatten, wurden dieselben von der Versammlung einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen. Eine Anzahl Kollegen traten der Organisation bei.

Es bleibt nun abzuwarten, welche Stellung die Stadtverwaltung zu den Anliegen der Arbeiter einnehmen und ob sie, vom sozialen Pflichtgefühl durchdrungen, dieselben erfüllen wird. Die freizügigen Kollegen werden aber unbeirrt an der Stärkung der Organisation weiter arbeiten, damit wir auf alle Fälle vorbereitet sind. Der erste Anlauf ist gemacht! Weitere werden folgen müssen. Darum jeder an die intensivste Agitationsarbeit! M. W.

Die Freiburger Satzungen über die Rechtsverhältnisse der Stadtarbeiter.

Neben der Straßburger Arbeitsjahre sind es die Freiburger „Satzungen über die Rechtsverhältnisse der Stadtarbeiter“, die so ziemlich als die Fortgeschrittensten gelten in Deutschland. Ohne nun den tatsächlichen Wert derselben herabzuredern zu wollen, müssen wir jedoch auch hier darauf aufmerksam machen, daß „nicht alles Gold ist, was glänzt“ und daß man sich vorzüglich sein muß, wenn man sich in dieser oder jener Beziehung auf die Freiburger Bestimmungen berufen will. Sie haben mit den Straßburger Bestimmungen dieselben Mängel gemeinsam, nämlich: daß sie gerade in den für die Arbeiter materiell wichtigsten Bestimmungen nicht so fortschrittlich sind, als dies auf den ersten Blick scheint. Weiblich läßt ihre finanzielle und materielle Wirkung für die Arbeiterschaft außerordentlich viel zu wünschen übrig und zwar u. a. dadurch, daß die Zahl der von den günstigen Bestimmungen Betroffenen durch die Einführung des Begriffs „Stadtarbeiter“ außerordentlich eingeschränkt wird. Außerdem ist es speziell die Arbeitszeit, die in einer Weise geregelt ist, daß sie fastleiderdings nicht als maßergütig bezeichnet werden kann.

Dieselbe beträgt im allgemeinen 10 Stunden. Dies ist entschieden zu lange, da in der Privatindustrie, mit Ausnahme weniger Fälle, bereits durchweg kürzere Arbeitszeiten eingeführt sind. Auch eine ganze Reihe von Stadtverwaltungen haben tatsächlich kürzere Arbeitszeiten, so daß Freiburg in der Beziehung durchaus nicht an der Spitze marschiert. Dabei wird aber von den städtischen Arbeitern durchaus keine geringere Leistung verlangt wie anderswo. Es soll auch keine geringere noch unserer Auffassung verlangt werden. Im Gegenteil, wir erwarten und arbeiten darauf hin, daß während der vorgeschriebenen Arbeitszeit jeder Arbeiter voll und ganz seine Pflicht und Schuldigkeit tut. Andererseits dürfen wir wohl annehmen, daß auch die Stadtverwaltung etwas Entgegenkommen zeigt und den Wunsch der Arbeiterschaft auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit berücksichtigt, zumal die Erfahrung beinahe überall gelehrt hat, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eine geringere, sondern meist eine höhere, mindestens aber dieselbe durchschnittliche Tagesarbeitsleistung zeitigt wie eine lange Arbeitszeit. Außerdem ist aber auch die Gesundheit der Arbeiter, die jeder Witterung ausgesetzt sind, besser gekont und ihnen die Möglichkeit der Geboten, sich etwas mehr ihrer geistigen Ausbildung zu widmen, was doch jeder auch zum Nutzen der Stadt ausnützt.

Die Arbeitszeit im Gas- und Elektrizitätswerk ist noch eine zwölfstündige! Doch hier die Abteilungsleiter nach nicht eingeführt ist, muß bei der sonstigen Stellung der Stadtverwaltung zu sozialen Fragen verwundert. Die Rentabilität dieser Werke ist doch durchaus nicht schlechter wie anderswo und die gesundheitlichen Nachteile, denen Gas- und Elektrizitätsarbeiter ausgesetzt sind, sind hier auch nicht weniger. Aber selbst auf die Gefahr hin, daß die Heberkluft dieser Werke etwas weniger hoch werden, müssen wir erwarten, daß die Stadtverwaltung den Achtundtagsarbeitern baldigst einführt, da es doch nicht angängig, zum mindesten nicht sozial gehandelt ist, wenn man, um die Kosten der Allgemeinheit zu verringern, eine Kategorie von städtischen Arbeitern zwingt, ihre Gesundheit, die ihnen später niemand ersetzen kann, zum Opfer zu bringen. Über 20 Städte haben bis jetzt die achtstündige Schicht. Wie lange will Freiburg noch warten? Die Stadtverwaltung hat schon seit dem Arbeiterausbruch mitgeteilt, daß sie dem Achtundtagsarbeitern wohlwollend gegenüberstehe. Sollten wir also, daß die Liebe keine platonische bleibt, sondern recht bald feste Gestalt annimmt.

Auch der frühere Feierabend vor hohen Festtagen ist ungenügend, da er sich nur auf Christabend, Charfreitag und Pfingstsonntag erstreckt und nur auf einen eine

Stunde früheren Arbeitschluß beschränkt ist. Eine mächtige Bewegung ist gegenwärtig im Gange, um für die Inhaber und Angestellten von offenen Handelsgeschäften einen früheren Ladenschluß zu ermöglichen. Da ist es Pflicht der Gemeinde, auch die Teil zugunsten dieser Bewegung zu tun und ihren Arbeitern die Möglichkeit früheren Einkaufens zu gewähren. Außerdem hat doch auch bereits jeder Arbeiter noch sonstige häusliche Angelegenheiten und Arbeiten zu besorgen, will auch mal ein Bad nehmen, so daß es durchaus nicht zuviel ist, wenn die Arbeit Samstags eine Stunde früher wie sonst und an den Vorabenden vor hohen Festtagen um 4 Uhr Arbeitschluß ist. Denjenigen, die behufs Erledigung dringender Geschäfte über diese Zeit hinaus arbeiten müssen, gebührt eine Entschädigung und deshalb soll diese Arbeitszeit auch um die Einhaltung des früheren Arbeitschlusses mehr zu sichern, als Neberzeit betrachtet und entlohnt werden.

Ferner sind die Entfernungszulagen recht mangelhaft. Kann ein Arbeiter nicht zum Mittagessen nach Hause, so ist es schließlich gleich, ob er näher oder weiter von der Heimat ist. Er muß sich eben im Wirtshaus besorgen und kommt nicht unter 1 Mk. weg. Eine einheitliche Entfernungszulage in dieser Höhe an Stelle der bisherigen Zulage bis zu 1 Mk. ist daher notwendig.

Urlaub kann zurzeit gewährt werden: Nach 5 Jahren vier Tage, nach 10 Jahren eine Woche. Damit, daß der Urlaub gewährt werden kann, soll, wie aus einer Entscheidung des Stadtrats an den Arbeiterausschuß hervorgeht, dem älteren Arbeiter, der sich gut geführt hat, ein weiterer Vorteil gegenüber seinen übrigen Kollegen eingeräumt werden. Wir meinen, wenn die Gewährung von Urlaub von dem Staatsschuldbegriff der „guten Führung“ und außerdem vom Wohlwollen des Betriebsverstandes abhängt, so ist dies nicht die richtige Grundlage, sondern muß dem Wert dieser Einrichtung ganz bedeutend herabsetzen. Außerdem widerspricht diese Anordnung dem Charakter des Erholungsurlaubes, der eine die Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit fördernde Einrichtung sein soll, dadurch aber in eine Strafbestimmung umgewandelt wird, ohne daß das gewünschte Resultat erzielt wird. Denn daß ein zu nachlässiger Pflichterfüllung neigender Arbeiter sich 5 Jahre lang gut führen wird, um 4 Tage Urlaub zu erhalten, glaubt die Stadtverwaltung im Ernst wohl selbst nicht. Und die kleineren Vergaben, die tagtäglich jedem Arbeiter passieren können, wird man doch wohl damit nicht treffen wollen? Abgesehen ist es bei der heutigen Zahl von Aufsichtspersonen in Freiburg vollständig ausgeschlossen, daß ein Arbeiter mit schlechter Führung 5 Jahre im Dienst ist.

Tagegen ist es dringend nötig, den Urlaub besser auszugestalten, wenn er seinen ursprünglichen, natürlichen Zweck, die Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit zu wahren und zu fördern, richtig erfüllen soll. Dies wird am besten nur durch baldige und ausreichende Gewährung desselben erreicht, ehe die Kraft und Gesundheit verbraucht ist, so daß der einzelne Zeit hat, sich außerhalb des Stadtgebietes zu erholen und sich auch die eventuellen Jahresausgaben bezahlt machen.

Der Wunsch: 4 Tage Urlaub nach 1 Jahr, 6 Tage nach drei Jahren, 8 Tage nach 5 Jahren und 12 Tage nach 10 Jahren ist deshalb in Anbetracht dieser Gründe gewiß nicht unbescheiden. Auch ja gegenwärtig z. B. ein Gasarbeiter bereits die ersten zwei Tage zum richtigen Auschlafen und Ausruhen benützen, so daß von Erholung nimmer viel die Rede sein kann.

Die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn wird bis zu fünfjähriger Dienzeit 90 Tage, über 5 Jahren 140 Tage lang gewährt.

Man kommt aber die Hauptfrage: Diese Differenz, der Erholungsurlaub, die Zuschüsse bei militärischen Friedenseübungen, bis zum vollen Lohn werden, ebenso wie die Altersversorgung, nur den „Stadtarbeitern“ gewährt. Das ist die größte Ungerechtigkeit, die man sich denken kann!

Stadtarbeiter werden nämlich nach § 1 nur solche Personen, welche von einem städtischen Verwaltungsamt nach einjähriger Probezeit vertragsgemäß angestellt sind. Sie müssen körperlich und geistig gesund, gut beleumundet und dürfen nicht über 40 Jahre alt sein. Die Ansprüche sind also bei dem heutigen Gesundheitszustand und den Ernährungsverhältnissen der Gesamtarbeiterschaft ziemlich hohe. Es kommt deshalb naturgemäß, ein nur verhältnismäßig geringer Prozentsatz der angestellten Arbeiter zur Anstellung als Stadtarbeiter, wie denn auch tatsächlich zur Zeit des Inkrafttretens dieser Bestimmungen von etwa 150–200 Arbeitern nur 210 Stadtarbeiter waren! Man denke man sich eine Zahl Arbeiter, die so ziemlich alle die gleiche Arbeit leisten, sind ein Jahr oder noch länger beschäftigt. Der eine wird Stadt-

arbeiter und erhält die Vergünstigungen, der andere, der einen kleinen körperlichen Fehler hat, oder unglücklicherweise ein Jahr zu früh geboren ist, oder dem schließlich der Herr Dorfschultheiß weniger gut will und deshalb ein schlechteres Zeugnis ausstellt, erhält, oder der, wie es ja nicht ausgeschlossen ist, vielleicht vor Jahren mal irgendeine kleine Differenz mit unseren hohen Staatsgefehen gehabt hat, der wird nicht Stadtarbeiter und erhält die Vergünstigungen nicht. Dabei kann es leicht vorkommen, daß gerade der Nichtstadtarbeiter der tüchtigere Arbeiter ist und eine größere oder bessere Arbeit liefert. Auch sind gerade diese Vergünstigungen Lebensnotwendigkeiten nicht nur für den Arbeiter selbst, sondern in gleichem oder noch höherem Maße für seine Familie, so daß also die Nichtgewährung auf die Familie wie eine Strafe für irgendeinen Mangel des Familienoberhauptes wirkt. Man sieht, es mag diese Bestimmung, daß nur „Stadtarbeiter“ die Vergünstigungen erhalten, im sozialistischen Interesse liegen und dazu angetan sein, dem Stadtsäckel etwas Ausgaben zu ersparen, aber gerecht und human ist sie nicht! Eine ganze Reihe von Städten haben den Begriff „Stadtarbeiter“ oder „städtische“ Arbeiter aus der Arbeitsordnung wieder gestrichen, während ihn andere Städte gar nicht erst aufnehmen.

Es steht also zu hoffen, daß auch Freiburg nicht länger zurückbleibt, sondern die bestehenden Parteien beiseite.

Eine ebenso ungerecht wirkende Bestimmung ist § 4 des Arbeiterausschusses, nach dem nur Stadtarbeiter wahlberechtigt und wählbar sind. Bei dem enghemengten Begriff der Stadtarbeiter, die kaum die Hälfte der Arbeiterschaft umfassen, ist es doch rein unmöglich, daß der Arbeiterausschuß den reinen universellen Arbeiterwillen zum Ausdruck bringt. Die unbeschränkte Wahlbarkeit und Wahlrecht für alle volljährigen Arbeiter ist allein imstande, einen Arbeiterausschuß zu bilden, in dem sämtliche Kategorien und Gruppen eine wirklich zuständige Vertretung ihrer Interessen erblicken können. Ein ganz besonderes Unrecht bildet die jetzige Einschränkung für die vorhandenen älteren Arbeiter, die in jeder Beziehung mit dem Betrieb und den Arbeitsverhältnissen vertraut sind und nun auf einmal für zu dumm gehalten werden, um in den Arbeiterausschuß zu wählen oder gewählt werden zu können, während sie bei der Arbeit vielleicht diejenigen sind, die Dummheiten von anderen verhüten müssen.

Eine weitere ungerechtfertigte Härte bildet die Bestimmung, daß zurzeit das Probejahr bei der ersten Lohnzulage nicht bezw. in der Weise angerechnet wird, daß es mit einem weiteren, dem ersten Vertraggedienstjahre zusammen die erste Vorzugsperiode von zwei Jahren im Lohnstarif bildet. Selbstverständlich kann diese Manipulation mit dem gleichen Recht beim Urlaub, der Differenzgewährung usw. angewendet werden, so daß diese Vergünstigungen dem Arbeiter ein Jahr länger vorenthalten werden können und die in den „Satzungen“ angegebenen Parteifristen, praktisch wenigstens, nichts anderes als eine „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ bedeuten. Das sind so kleine Mittel, die die Arbeiterschaft verbittern und sie die Fürsorge der Stadtverwaltung in einem schiefen Licht betrachten lassen, ohne daß die Verwaltung nennenswerten Nutzen bezw. Ersparnisse davon hat.

In Anbetracht all dieser für die Arbeiterschaft unerquicklichen Zustände hat die Filiale Freiburg eine Eingabe mit entsprechenden Änderungsvorschlägen der Stadtverwaltung eingereicht. Bei einigermaßen gutem Willen dürfte es der Stadtverwaltung möglich sein, diese Wünsche zu berücksichtigen.

Sache der städtischen Arbeiter aber muß es sein, sich stets Lichter um den Gemeindefacharbeiterverband zu scharen, der es stets und immer wieder ist, sein muß und sein wird, der die Fahne des Fortschritts, der Verbesserungen vorantreibt. Ohne Kampf jedoch ist kein Sieg! Deshalb, Kollegen, nicht die Kräfte in konfessionellen Gewerkschaften zerplittern, sondern einzig und allein: Sine in in den freien Gemeindefacharbeiterverband! K. B.

Ortsverein Berliner Straßenreiniger und Ruhegehalt.

Eine öffentliche Versammlung für alle Straßenreiniger Berlins wurde vom blauen Ortsverein zum 20. Dezember einberufen. Zuerst sollten die Anträge für den Stadtverordneten-Ausschuß zur Beratung der Ruhegehaltsverbesserungen verhandelt werden. Schon die Einberufung der Versammlung ist ein „Meisterstück“ des Ortsvereinsvorsitzenden. Mit den Handzetteln zugleich hatte man an die Vertrauensleute des Vereins die Anweisung ergangen lassen, nicht an Verbandmitglieder die Zettel abzugeben. Allerdings haben die Organisierten doch von dieser „öffentlichen“ Versammlung erfahren und besuchten dieselbe. Ein Schachzug des

Ortsvereinsvorstandes war somit lahmgelegt. Am Ende hätten wir hinterher noch hören können: Seht, solche wichtige Angelegenheit setzen wir zur Tagesordnung und der Verband kümmert sich nicht darum.

Die Herren schlugen sich in ihrer Schlaueit selber. Die erste Grundbedingung einer solchen Versammlung, „ein volles Haus“, war nicht erfüllt. Von rund 1600 in Frage kommenden war nur ein ganz geringer Bruchteil erschienen. Das Ortsvereinsmitglied Sager gab das selbst zu. Er erklärte: „es sei tief zu bedauern, daß so wenig erschienen seien“. „Es sei kein Interesse vorhanden.“ Wenn man die Kollegen, die sich für solche Fragen interessieren, nicht einladet, hat man kein Recht, denselben obendrein Vorwürfe zu machen. Danach wurden dann sieben Anträge zur Regelung des Ruhegehalts vorgetragen. Anerkennen mußte der Referent Sager, daß der Stadtverordnete Schubert (Soz.) schon in der Stadtverordnetenversammlung tatkräftig für die Interessen der Arbeiter eingetreten ist. Über die Wirksamkeit seiner Parteifreunde, der Freisinnigen, konnte er das nicht so tun. Vielmehr wurde dann die wenig arbeiterfreundliche Haltung der freisinnigen Verwaltungsgeschäfte herbe kritisiert. Es mußte zugegeben werden, daß die sozialen Einrichtungen für die städtischen Arbeiter nur durch Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordneten gegen den Widerstand der Freisinnigen nach und nach eingeführt wurden.

Die Anträge des Ortsvereins sollten dem Ausschuß, der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzt ist, übermittelt werden. Man erzählte, der Ausschuß berate am Sonnabend, den 20. Dezember, also am folgenden Tage.

Wir wissen aber nicht, ob der Schriftführer Klauf die Anträge noch dem Ausschuß übermittelt hat? Denn es wäre auch vergebliche Mühe gewesen! Der Ausschuß hatte nämlich schon am Freitag nachmittag, also vor der „öffentlichen“ Versammlung des Ortsvereins, getagt. Zum Antrag und zur Verhandlung kamen nur die von der sozialdemokratischen Fraktion und von unserem Verbands erhobenen Verbesserungsvorschläge. Der Ortsvereinsvorstand ist mit seinen großen Reden um einen Posttag zu spät gekommen! Er hat eben geschlafen. Oder hat man gewußt, daß der Ausschuß schon am Freitag tagt und trotzdem die Versammlung später einberufen? Auf diese Art und Weise wurde wenigstens verhindert, daß die freisinnigen Herren im Ausschuß gegen die sieben Anträge stimmten! Eines von beiden bleibt. Jedenfalls ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß die Herren unfähig sind, Arbeiterinteressen zu vertreten.

Das Wort, was der Arbeiter Sager eingangs seiner Ausführungen in der Versammlung sprach, sei zur gefälligen Beachtung hergeholt: „Man ist ein Tor, daß man für die Allgemeinheit arbeitet.“ Wir wollen dem Arbeiter Sager für seine Person diesmal recht geben. Er muß sich selbst am besten kennen. Im übrigen betrachten organisierte Kollegen die Sache von einem höheren Gesichtspunkte aus.

Eine zweite noch üblere Plamage zog sich der Schriftführer des Ortsvereins Klauf zu. Derselbe konnte sich häßlicher Bemerkungen über den Verband nicht enthalten, als er über die Generalversammlung der Krankenkasse berichtete. Unter anderem zog er auch unser letztes Flugblatt heran. Er erklärte, wegen der Einteilung der Wahlbezirke treffe den Vereinsmitgliedern im Krankenkassenvorstand keine Schuld; sondern dem Direktor Nobiling. Derselbe habe die Sache bestimmt und sie haben nichts dagegen machen können.

Es müßte heißen: nicht dagegen machen wollen, weil das dem Ortsvereinsvorstande so in den Kram gepaßt hat. Im übrigen ist ja das ein netter Vorwand. Der Herr Direktor Nobiling bestimmt und die anderen Vertreter im Vorstand haben dann nichts zu sagen. So gefällt es der Direktion. Solche Arbeitervertreter sind ihr lieb und angenehm!

Doch die Frage gilt für die Kollegen: Sind das Vertreter eurer Interessen? Bei der Ruhegehaltsfrage schafen sie, im Krankenkassenvorstand bestimmt der Direktor Nobiling und fünf Vereinsvertreter haben nichts zu sagen?

Die Fragen müssen vernunft werden. Demnach gilt es, andere Kollegen zu wählen, die fähig und gewillt sind, Arbeitervertreter zu sein.

Als Vorbedingung aber sollte jeder, daß die Idee des gemeinsamen Zusammenschlusses aller städtischen Arbeiter auch unter den Kollegen der Straßenreinigung mehr Anhänger und Befürworter gewinnt.

Heraus aus der blauen Vereinsmeierei!
Hinein in die moderne Organisation!

Gasarbeiter-Verhältnisse in Burg b. Magdeburg.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter hierorts entsprechen bei weitem nicht mehr den heutigen modernen Zeitverhältnissen. Die Löhne schwanken zwischen 29 bis 35 Pf. pro Stunde. Irgendwelche sozialpolitischen Fürsorgeeinrichtungen, wie in anderen Städten, existieren hier nicht. Die Ausnützung der Arbeitskraft des Arbeiters erfolgt in einer Weise, die schwerlich der Stadtgemeinde Burg zur besonderen Ehre gereicht. Zieht man noch die besonders körperlich anstrengende und nervengerrüttende Tätigkeit der Feuerhausarbeiter in Betracht, so muß es schier als unverantwortlich bezeichnet werden, daß eine Stadtverwaltung nicht von höheren Gesichtspunkten ihre Tätigkeit ausübt, wie es hier leider zu verzeichnen ist. Die Arbeitsmethode ist wohl selten noch in Deutschland zu finden. Drei Stunden ohne jede Unterbrechung muß der Arbeiter tätig sein, ehe er eine Eisenspause von einer halben bis höchstens einer Stunde hat. In fast allen Städten haben doch die Arbeiter nach einer dreiviertel- bis eineinhalbstündigen Arbeitszeit, d. h. nach jedesmaligem Chargieren, eine ein- bis zweistündige Pause. Die hier gewährte Pause gilt nur als solche, um die nun einmal notwendige Einnahme der regelmäßigen Mahlzeiten zu ermöglichen. Am liebsten würde es wohl die Verwaltung sehen, wenn die Arbeiter gar nicht mehr essen, sondern fortwährend arbeiten. Ist schon unter den heutigen Verhältnissen von einer ausreichenden Ernährung bei den miserablen Löhnen keine Rede, so verdienen diese Praktiken der Stadtverwaltung um so stärkere Beurteilung.

Nur zu erklärlich ist es, daß der Magistrat von Burg mit seiner geringen Anzahl von Arbeitern in der Lage ist, den erforderlichen Gaskonsum herzustellen und hohe Ueberschüsse aus dem Werk herauszuwirtschaften, natürlich auf Kosten seiner Arbeiter. Geradezu unerhört ist die vierundzwanzigstündige Wochenschicht, die noch ein weiterer Faktor zur Untergrabung der Gesundheit der Arbeiter ist. In 40 Städten ist bereits mit gutem Erfolge die achtstündige Arbeitsschicht eingeführt, und hier läßt man die Arbeiter 24 Stunden hintereinander schuften. Ferner kommt aber noch eine Frage, daß die Feuerhausarbeiter selbst die Kohle heransfahren müssen. Unwillkürlich muß man sich doch fragen, wie kann eine Stadtverwaltung so leichtfertig mit Leben und Gesundheit der Arbeiter umgehen. Kann man denn wirklich nicht begreifen, daß der jährliche Temperaturwechsel, zumal bei der jetzigen Jahreszeit, auch den stärksten und gesündesten Mann in kürzester Zeit zugrunde richten muß? Jeder Vaie muß herausfinden, daß, wenn man eben bei 50 Grad vor den Kaminen gestanden hat und im nächsten Augenblick in Sonne und Regen oder großer Kälte, nur notdürftig bekleidet, auf den Hof muß, dies nur auf Kosten einer erheblichen Schädigung der Gesundheit geschehen kann. Zurzeit ist ja den Feuerhausarbeitern noch ein Stiefelfaher beigegeben, der aber nur bis Ende d. W. in Funktion bleibt.

Unbedingt muß auch das Ueberstundenunwesen verurteilt werden, zumal keine prozentuale Erhöhung stattfindet. Neben der 24stündigen Wochenschicht werden besonders jetzt noch die Schichten bis auf 18 Stunden ausgedehnt. Warum dies jetzt bei der herrschenden Arbeitslosigkeit gehandhabt wird, bleibt Geheimnis der Verwaltung.

Nach einem bekannten Wort soll ja für den Arbeiter bis ins hohe Alter gesorgt sein. Wenn es schon im allgemeinen nicht zutrifft, für die Stadtgemeinde Burg ist es aber im besonderen unzutreffend. Wer seine Gesundheit im Dienst der Stadt geopfert hat, der kann ja sehen, wo er im Alter bleibt. Eine Stadtverwaltung hat jedenfalls andere Verpflichtungen, als wie ein Privatunternehmer. Der 40-jährige Zusammenschlag des Stadtverordnetenkollegiums diese unheilvolle Arbeiterpolitik bewußt aus? Es ist einer Stadtverwaltung unmöglich, nach dem bekannten Wort: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen,“ zu handeln. Gewissensvoll wollen wir noch, daß die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für die Gasarbeiter, Gewährung eines Sommerurlaubes unter Fortzahlung des Lohnes, Schaffung einer Alters- und Invalidenfürsorge und vor allen Dingen eine zeitgemäße Aufbesserung der Arbeiterlöhne wesentliche Teile einer vernünftigen Sozialpolitik sind. Nachdem der Magistrat auch noch nicht den leisesten Versuch auf diesem Gebiete gemacht hat, wird es Aufgabe der Arbeiter sein, den Magistrat auf diesen Weg zu drängen. Soffentlich legen die Arbeiter nun endlich ihre Anständigkeit ab und zeigen, daß sie Männer und auch gewaltig sind, für die Verbesserung ihrer Lage selbst einzutreten, damit sie im Verein mit den Kollegen der anderen Städte das erlangen, was ihnen bisher vorenthalten wurde.

Brief aus Zittau.

Vor Jahresfrist begannen wir, die zahlreichen Arbeiter der Stadt Zittau für die Organisation, für den Gemeindearbeiterverband, zu gewinnen. Wahrlich, leicht war dies nicht; es hat großer Geduld bedurft, um das Eis zum Schmelzen zu bringen, die tiefeingewurzelte Furcht zu überwinden. Als jedoch der Anfang gemacht war, ging es erfreulicherweise flott vonstatten und heute können wir 70 Mitglieder verzeichnen.

Es war allerdings auch an der Zeit, daß sich die Arbeiter aufraffen und zusammenschlossen. Denn obgleich Zittau eine wohlhabende, ja eine reiche Stadt ist, bietet sie ihren Arbeitern ein Arbeitsverhältnis, das bedeutend zu wünschen übrig läßt. Abgesehen davon, daß die Löhne — 25 bis 30 Pf. Stundenlohn in den verschiedenen Betrieben — niedrig sind und die Arbeitszeit noch über 10 Stunden beträgt, ist auch von sonstigen hygienischen und sozialen Dingen nichts zu spüren. So müssen bei Kanalreinigungsarbeiten die Arbeiter in ihren eigenen Kleidern in dem Schlamm herumhantieren. Ebenso fehlen Wassertriefeln und bei den Straßenreinigungen Regenpelerinen. Und die Paububen lassen auch zu wünschen übrig. Den Sommerurlaub, die Bezahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld usw. kennt man hier überhaupt noch nicht.

Wenn man aber weiß, daß das Zittauer Stadtparlament ausschließlich aus unentwegten Freisinnigen besteht, wird vieles verständlich. In den Gemeinderäten der näheren und weiteren Umgebung sitzen Arbeitervertreter. Nur die Zittauer Stadtverwaltung ist rein von dieser Spezies; sehr zum Nachteil der Arbeiter. Und es wird noch manchen Kampf kosten, in dieser Beziehung eine Aenderung herbeizuführen. Nachdem nun rüstig gearbeitet worden ist, die Fikale zu stärken, konnte auch daran gegangen werden, Anträge auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu stellen. In einer Reihe von Besprechungen wurden die verschiedenen Punkte beraten und im September reichten die Gasarbeiter, Bauarbeiter und Stadtgärtnerarbeiter in Gestalt von Petitionen ihre Anträge ein. Die Gasarbeiter verlangen vor allem den Achtstundentag, jetzt besteht 12 Stundenschicht. Sodann verlangen sie Schichtlöhne an Stelle der jetzigen Stundenlöhne. Die Handwerker der Gasanstalt wollen ihre Löhne aufgebessert und die Arbeitszeit verkürzt haben. Die Bauarbeiter und Stadtgärtnerarbeiter fordern ebenfalls Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Stundenlöhne im allgemeinen, sowie Zuschläge für schmutzige und Ueberstundenarbeit. Ferner Lieferung von Wassertriefeln, Kanalanzügen, Regenpelerinen und bessere Paububen. Diese letzten Dinge sind ganz selbstverständlicher Natur, es ist deshalb bezeichnend, daß dieselben hier erst noch gefordert werden müssen. Die Forderung von Sommerurlaub usw. haben die Kollegen vorläufig noch zurückgestellt. Sie wollen desto energischer die jetzt eingereichten Anträge vertreten.

Wie schon gesagt, wurden im September die Eingaben, versehen mit ausführlicher Begründung und zahlreichen Unterschriften, eingereicht. Bis heute hat man aber noch keine Zeit gefunden, dieselben zu beantworten.

Wir wollen ja zugeben, daß verschiedene Anträge einen Umsturz der bisherigen Zustände bedeuten und daß erst der ganze Verwaltungsapparat in Tätigkeit gebracht werden muß. Aber immerhin hätte man sich doch einmal mit den Eingaben beschäftigen können.

Da dies nicht geschehen ist, haben die Kollegen kurz gehaltene Mahnschreiben an die maßgebenden Instanzen gerichtet, damit etwas mehr Tempo in die Sache kommt.

Antwort ist bis Ende 1907 verlangt worden. Von dem Bescheid wird es abhängen, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden sollen!

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. In der Gasanstalt Danzigerstraße scheint man gegenwärtig ganz besonders bemüht zu sein, sparsam zu wirtschaften. Das ist an und für sich keine Untugend, nur müßte das an der richtigen Stelle geschehen. Vorläufig bemüht man sich aber frampfhast, das bei den dort beschäftigten Handwerkern und Arbeitern zu tun. Die Männer, welche das Gasfittieren der Meteren besorgen, sollen laut Etat 1907 6 Mk. im Tagelohn erhalten. Die Reputation beschließt — aber die Anstaltsleitung verlangt, den Beschäftigten Folge zu leisten. Ebenso bei einer anderen Position: „Dofarbeiter, welche als Danklager bei dem Gasfittieren fungieren, sollen 4,70 Mk. pro Tag erhalten.“ Bezahlt werden aber 1,20 Mk., höchstens 4,40 Mk. Der Arbeiterauspaß wird die Analegenheit

zur Verhandlung bringen. Bestimmt muß erwartet werden, daß die Direktion die gefassten Deputationsbeschlüsse allen nachgeordneten Anstalten zur strengen Beachtung empfiehlt. Auch in anderer Hinsicht scheinen die Dirigenten den geäußerten Anschauungen der Direktion wenig Beachtung zu schenken. Erstmalig wird die Bezahlung der Sonntagarbeit nicht wie angeordnet vorgenommen. Zum anderen wird bei entschuldigten Versäumnissen (Krankheit, Entlassung, Wahnnehmung gerichtlicher und polizeilicher Vorladungen) die versäumte Zeit sehr oft nicht bezahlt. Hier kann der Willkür einzelner Beamten nur durch die Gewährung von Wochenlöhnen erfolgreich entgegengetreten werden. Unter den bestehenden Verhältnissen müssen aber die Kollegen durch ihre Vertretung im Arbeiterausschuß und in der Verwaltungsdeputation Abhilfe zu erlangen suchen. Erste Voraussetzung für wirksames Wirken in vorgenannten Körperschaften ist eine straffe, wohlorganisierte Kollegenchaft.

Magdeburg. (Vertikalfahrsenanlage.) Der Magistrat hat beschlossen, eine Vertikalfahrsenanlage nach dem Tschauer System zu errichten. Der Gesamtanlauf von acht Fahren einschließlich Transportvorrichtungen ist der Tschauer Vertikalfahrsengesellschaft in Berlin übertragen worden.

Aus den Stadtparlamenten.

Berlin. Der Ausschuß zur Beratung der Vorlage des Ruhegeldes und Hinterbliebenenversorgung städtischer Arbeiter hielt am 21. Dezember seine Sitzung ab. Von Seiten der Sozialdemokraten wurde verlangt, daß die den städtischen Angestellten zu gewährenden Rente nicht, wie das heute geschieht, als freiwillige Leistung der Stadt gesehen, sondern daß ihnen ein *Magdabares Recht* darauf eingeräumt werden müsse. Stadtr. Seemann (Soz.) gab eine Darstellung des Grundgedankens, der die städtischen Körperschaften zu der Schaffung des Ruhegeldes geführt hat, und wies nach, wie schon damals von Seiten angesehener Mitglieder des Stadtrats ein Entschluß zum Grunde einer rechtlichen Verbindlichkeit hervorgehoben worden sei. Weiter betonte er die verschiedenen Behandlung der Beamten und Arbeiter auf diesem Gebiete, trotzdem beide Kategorien für die geistliche Entwicklung der Gemeinde eine gleichbedeutende Notwendigkeit seien. Abgelehnt war alles Weitere. Der Magistratskommissionar ließ darüber keinen Zweifel, daß gerade in der Gewährung dieses Rechtes für den Magistrat die Gefahr liegt, den Unterschied zwischen Arbeiter und Beamte zu verwischen, was zu einer Verunsicherung der letzteren führen würde und nicht im Interesse der Stadt gelegen sei. Dieser Auffassung schloßen sich die bürgerlichen Ausschußmitglieder an, womit das Schicksal unserer Forderung entschieden war. Eine weitere Anregung von sozialdemokratischer Seite, die bei der Festsetzung des Ruhegeldes zur Hälfte in Anrechnung gebrachte Invalidenrente für die Folge nicht mehr in Anschlag zu bringen, zuzugleichen ebenfalls eine längere Diskussion. Trotzdem der Nachweis erbracht wurde, daß diese Anrechnung der hohen Invalidenrente nicht nur ungerade, sondern auch unsozial sei, wachte sich der Magistratsvertreter dagegen, betonend, daß durch Annahme einer solchen Forderung die ganze Vorlage gefährdet würde. Trotz dieser Verwarnung wurde der sozialdemokratische Antrag mit 1 gegen 2 Stimmen angenommen. Weiter wurde beantragt, die vollständig ungenügende Höhe des Witwen- und Waisengeldes dahin abzuändern, daß für Witwen ein Mindestlohn von 20 Mk. und für die Waisen eine Hinterbliebenenversorgung gegeben werde, die die Höhe der öffentlichen Flüßengasse erreicht. Auch hier konnte man sich nicht dazu verstehen, diese in anderen größeren Gemeinden bereits eingeführten Sätze anzunehmen, trotzdem angegeben werden muß, daß die jetzt gefassten Unterstufungssätze nicht ausreichend sind. Man einigte sich schließlich dahin, daß die bisherigen Sätze beibehalten, daß jedoch bei Witwen mindestens 20 Mk. bei Waisen pro Kind 10 Mk. zu zahlen sind. Es steht zu erwarten, daß Magistrat und Stadtverordneten sich die Beschlüsse des Ausschusses zu eigen machen werden.

Berlin. Die Deputation für die Straßenreinigung beschloß u. a. in ihrer letzten Sitzung die Anstellung von 13 Hausfrauen, wobei die Wünsche der Vorarbeiter, in die Stellen der Hausfrauen einzurücken, unberücksichtigt gelassen werden müßten. Als Kandidat für die Stellen wurden nur Inhaber des Hausfrauenscheins berücksichtigt. Von dem 1. Oktober an der Straßenreinigung war ein Gehalt um Gewährung einer Teuerungszulage an den Magistrat gerichtet, und von diesem der Deputation zur tatsächlichen Ausweisung überlassen. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, dem Magistrat zu empfehlen, den Arbeitern und Hausfrauen eine einmalige Teuerungszulage von 50 Mk. zu bewilligen. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit war der Meinung, in Anbetracht der im letzten Jahre erfolgten Lohnaufhöhung sei der Antrag auszuscheiden. Der Arbeiterausschuß wurde um ein Mitglied vermehrt, das von der Kategorie der Vorarbeiter gewählt werden soll. Damit wurde einem von den Vorarbeitern gestellten Antrag Rechnung getragen. Für die Schneefahrt im vorigen Monat mußten 11.300 Mk. aufgewendet werden, während die Entlohnung einfacher Arbeiter 62,50 Mk. betrug. Zur Veranlagung etwa eintretender Schneefahrt

talantität hat die Verwaltung einen Arbeitsplan aufgestellt. Nach demselben sollen die vorhandenen 16 Schneepflüge auf 4 Gruppen verteilt werden, die im Bedarfsfälle von vorgesehenen Ausgangspunkten die Operationen aufnehmen. Letztere werden von Arbeitern, die von der Verwaltung der Straßenbahn gestellt werden, unterstützt, wodurch eine gemeinsame Aktion beider Verwaltungen für die Freibaltung des Verkehrs gesichert werden soll.

Breslau. Nach dem Gemeindebeschlusse vom 7./12. Dezember 1909 wurde bisher den in den Diensten der Stadt Breslau stehenden Personen, die gegen Lohn dienen, ohne als Beamte Anspruch auf Pension zu haben, eine Versorgung in Höhe der den Beamten zu gewährenden Pension gewährt. — In durch das Gesetz vom 27. Mai 1907 das Angehörige der Beamten — vor Erreichung des Höchstalters — erhöht worden ist, hat der Breslauer Magistrat beschlossen, auch die auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 7./12. Dezember 1909 zu gewährenden Renten dem Gesetz vom 27. Mai 1907 entsprechend zu erhöhen und zwar mit Wirkung für alle seit dem 1. April d. J. schiedenen oder schiedenspenden Unterführungen.

Görlitz. Die reiche Stadt hat sich gleich anderen Kommunen ebenfalls entschlossen, den ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt beschäftigten Angestellten und Arbeitern ein Ruhegeld, und deren Hinterbliebenen eine Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. In 25 Jahren soll das Maximum der Rente, die jährlich um 1 Proz. steigt, bei einem Anfangssatz von 25 Proz. des Jahresverdienstes, erreicht werden. Als Mindestmaß für die Dienstzeit, mit welcher das Ruhegeld anfängt, werden 15 Jahre festgesetzt, so daß die Witwenrente des Ruhegehaltens, der die Arbeitszeit vor dem 25. Lebensjahre nicht angerechnet wird, mit dem 60sten Lebensjahre fällig wird. Der Magistrat berechnet die Kosten dieser Versicherung auf 8000 Mk. pro Jahr. Man wird nicht sagen können, daß diese Leistung der Stadt Görlitz sonderlich hoch ist. In das Gesetz vom 27. Mai 1907 scheint der dortige Magistrat nicht gedacht zu haben, weshalb es notwendig erscheint, daß er von dem Städteverbandeskollegium daran erinnert wird.

Salle a. S. In der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember gelangte u. a. folgender sozialdemokratischer Antrag zur Beratung: „Das Mooskamm sollte beschließen: Den im Stundenlohn stehenden städtischen Arbeitern ist für die auf Wochentage fallenden Feiertage eine Entschädigung in Höhe ihrer durchschnittlichen Tageslohnverdienste zu gewähren. Der Magistrat wird ersucht, diesem Antrag beizutreten.“ Nach einer vorläufigen Begründung des Stadtr. Thiele (Soz.) und nach ziemlich langer Diskussion gelangte ein Antrag Steiner-Wilms, dem obigen Antrag prinzipiell zuzustimmen, zur Annahme. Jedoch sollen erst die Materialien usw. gehört werden. Grundsätzlich hat die prinzipielle Zustimmung aber auch materielle Konsequenzen im Gefolge!

Treptow. Die Gemeindevertretung hat für die im Dienste der Gemeinde stehenden Arbeiter eine Arbeitsordnung beschlossen, deren wesentliche Bestimmungen folgendes besagen: „Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. An den Vorabenden der Sonntage und Feiertage wird die Arbeitszeit unter Fortfall der Nachmittagspause um eine Stunde ohne Lohnabzug gekürzt. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, auf Erfordern auch außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit, gleichviel ob bei Tag oder Nacht, an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten, widrigenfalls sofortige Entlassung eintritt. Der Lohn beträgt während der ersten zwei Jahre 40 Pf., nach zweijähriger ununterbrochener Beschäftigung 42½ Pf. und nach mehr als fünfjähriger Beschäftigung 45 Pf. die Stunde. Überstunden werden wie gewöhnliche Arbeitsstunden vergütet. In Fällen von Krankheit werden die ersten drei Krankheitsstage voll bezahlt. Bei militärischen Übungen wird der volle Lohn unter Abrechnung der reichsgekauften Unterstützung gezahlt, soweit die Arbeiter ein Jahr bei der Gemeinde beschäftigt sind. In anderen Fällen, wie Krankheit in der Familie, Erbschaft, Montatellerveranstaltungen und dergleichen wird angemessener Urlaub unter Fortzug des Lohns gewährt. Urlaub erhalten die Arbeiter nach zweijähriger Beschäftigung 3 Tage und nach fünfjähriger 7 Tage. Wiederholtes Fehlen, unentschuldigtes Fortbleiben von der Arbeit ohne genügende Entschädigung, sowie Ungehorsamkeit und Trunkenheit im Dienst, Ungehorsam und Verleumdungen gegen die Vorgesetzten haben sofortige Entlassung zur Folge. Spätere ist Beschwerde an den Gemeindeverstand zulässig.“

Aus unserer Bewegung.

Bremen. Den Mitgliedern der Bremer Arbeiter zur Kenntnis, daß bei Krankheiten (Erwerbsunfähigkeit) die Meldungen wegen Unterbrechung der folgenden Kollegen stattfinden können: B. Meier, Holtenauerstraße 22. G. Thomas, Vahrerstr. 114. Brünning, Bornemannstr. 6. Chr. Seuer, Raststr. 30. S. Reineke, Alsterdamm 15. Salbeck, Joh. Schürer, Habenhausen. — Arbeitslose Kollegen melden sich nur beim Kollegen Thomas, Vahrerstr. 114. Ferner sei auf das Verordnungsbelegament hingewiesen, daß beim Erbschaft eines Mitglieds 50 Kollegen zu folgen haben nach fortlaufender Nummer. Sollte ein Kollege verhindert sein, so hat er für Ersatz zu sorgen. — Unsere Mitgliederveranstaltungen finden jetzt jeden zweiten Dienstag im

Ludwigshafen. Am Donnerstag, den 12. Dezember, abends von 6 bis 7 Uhr, fanden aus dem Stadthaus die Wahlen der städtischen Arbeiter für den Arbeiterausschuß statt. Von 237 Wahlberechtigten haben 185 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, mithin 77 Proz. gegen 83 Proz. im Mai 1906. Die Wahlen finden alle zwei Jahre statt und war dies die zweite Wahl zum städtischen Arbeiterausschuß. Bei den Wahlen 1906 hatten wir keine Gegenkandidaten, diesmal war es anders. Es siegten durchweg die vorgeschlagenen Kandidaten des Gemeindefacharbeiterverbandes mit Ausnahme des Stadtbauamtes. Dort hatte sich eine Anzahl Straßenreiner derart beeinflussen lassen, daß sie nicht einmal den Hut hatten, einen von uns angebotenen Zettel in die Hand zu nehmen. Ihre Zettel erhielten sie im Auskleideraum unter Verlein des Aufsehers. Somit ging dieser Teil der Wahl für uns verloren, während wir sonst auf der ganzen Linie Sieger blieben.

Mannheim. Eine hier befandte öffentliche Versammlung tagte am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im „Schwarzen Lamm“. Kollege Hedemann be sprach in circa fünfviertelstündiger Rede die bereits in den einzelnen Sektionsversammlungen aufgestellten Forderungen, indem er eindringend darauf hinwies, wie die jetzige Arbeitsordnung entfallend. Was die Einführung dieses Statuts damals ein Fortschritt, so müsse doch jetzt darauf gedrungen werden, einzelne Paragraphen, welche nicht mehr zeitgemäß sind, einer Änderung zu unterziehen. Hedner hob hervor, daß man diesmal keine allgemeinen Lohnforderungen stellen wolle, sondern das Hauptgewicht auf die Verbesserung der Arbeitsordnung und Verringerung der Arbeitszeit legen müsse. Auch soll die Verringerung der Zulagestrafen mit allem Nachdruck gefordert werden, damit man nicht zehn Jahre warten muß, bis man den Höchstlohn erreicht. Sodann besprach Hedner die einzelnen Paragraphen der Arbeitsordnung, welche dringend einer Reform bedürften. So unter anderem die Bestimmungen über Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Zum mindesten müsse darin ein Rechtsanspruch erreicht werden. Auch müssen die Arbeiterausschüsse in ihrer Zusammensetzung für die Klärung einer Reform unterzogen und ihre Befugnisse erweitert werden, damit diese Institution ihren Zweck erfüllt und nicht bloß ein Dekorationsschild bleibt. Es soll verlangt werden, daß zur Klärung nicht mehr der ganze Ausschuß jedes Betriebes, sondern nur der Vorsitzende und noch ein Auswahlglied, welches von der Sektionsversammlung bestimmt wird, zur Klärung kommen und dadurch der ganze Apparat vereinfacht wird. — Auch soll darauf gedrungen werden, daß der Beamte der Organisation zur Klärung beigegeben wird und Sitz und Stimme erhält. Zum Schluß richtete Kollege Hedemann einen warmen Appell an alle, dem Verband der Gemeindefacharbeiter beizutreten, indem nur dieser in der Lage ist, das Los der städtischen Arbeiter zu bessern. Hedner bewies, daß die Kollegen mit den Ausführungen einverstanden waren. — In der nun folgenden Diskussion kamen noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten und Wünsche zur Sprache. Einige Kollegen waren die Wünsche nicht weitgehend genug und rief besonders die Forderung einer Feuerzulage, welche von mehreren Kollegen in der Versammlung gestellt wurde, eine rege Debatte hervor. Jedoch waren die meisten Hedner mit den Ausführungen des Moderanten einverstanden. Dieser Bericht ging am 20. Dezember zu. Wie uns der Schriftführer mitteilt, infolge eines Verfehlers. Wir möchten aber dringend ersuchen, in Zukunft solche „Versehen“ möglichst zu vermeiden, da Berichte, die circa einen Monat nach der betreffenden Versammlung gedruckt werden, für die Leser wesentlich an Wert verlieren. T. M.

Mühlhausen. Am 18. Dezember fand im Lokale Weinborn eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Wirtz erläuterte den Bericht vom Gewerkschafts-Kongress. Ein wichtiger Punkt aus diesem Bericht war die Errichtung eines Arbeiterschießens. Dieser Errichtung stimmte die ganze Versammlung zu. Weiterhin soll die Aufgabe von der Aktiengesellschaft gedeckt werden. Unter „Verständenes“ forderte der Vorsitzende Hoffmann die Mitglieder auf, die „Gewerkschaft“ mehr wie bisher zu lesen. Nur dieses habe zur Beherrschung der Aktiengesellschaft zu ermöglichen. Weiterhin soll die Arbeitsprobleme, die „Mühl. Volksgesund.“ zu ermöglichen. Hedner teilte der Versammlung mit, daß am 21. Tag, den 20. d. M., unsere Eingabe im Januar dieses Jahres von der Stadtverwaltung ausgesetzt mit dem Gemeinderat vorgelegt wurde. Diese Eingabe aber nicht voll den Wünschen der Arbeiter. Hoffentlich werden unsere Vertreter dort oben ihr Möglichstes dazu beitragen, um die gleichen Forderungen der städtischen Arbeiter durchzusetzen zu können. Zum Schluß entspann sich eine längere Debatte über die Aufnahme eines Kollegen.

München. Am 18. Dezember 1907 starb unser Kollege Louis Schuler im Alter von 51 Jahren. Er war ein alter und eifriger Kämpfer für unsere gerechte Sache. Namentlich unter dem Sozialistengesetz war er wegen seiner Tätigkeiten vielen Verhörungen (speziell durch den bekannten Gelehrten Richard Schickel) ausgesetzt. Die letzten Jahre arbeitete Schuler in städtischen Vertrieben. Obwohl kranke, fehlte er fast in keiner Versammlung. Oben dem Baderen!

Thalheim. Unsere Aulale hielt am Samstag, 11. Dezember 1907, eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Gauleiter

Schald-München über „Die Sozialpolitik in der Gemeinde“ referierte. Hedner tritt hier in scharfen Worten die Finanzwirtschaft im Münchener Rathaus und wies darauf hin, wie bei derartigen Wirtschaften immer die Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Er wies nach, daß bei den Etatsberatungen einige Parteien immer als Nebenbrot behandelt werden, so z. B. die Forstarbeiter im Luchengebiet, welche schon seit einem Jahr auf die verbesserte Arbeitsordnung warten. Er hob unter anderem hervor, daß die städtischen Forstarbeiter im Stiftungsforst nicht in die Münchener Arbeitsordnung eingereiht sind, und daher auch im Verlaß des neuen Lohnregulativs sich befinden. Hedner forderte die Kollegen vom städtischen Luch- und Forstgebiet, ebenso die Kollegen der königl. Sektion für Wildbadsverbauungen auf, für unseren Verband zu agitieren und wies darauf hin, wie die Kollegen in München durch festen Zusammenschluß viele Vorteile errungen haben. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. — In der darauf folgenden Diskussion ergriß Kollege Weber das Wort. Er teilte mit, daß in Sachen der achtstägigen Lohnzahlung nicht korrekt gehandelt worden ist. Durch Schreckschüsse wurden die Arbeiter veranlaßt, die Rubrik in der vorgelegten Liste auf vierzehntägige Zahlung zu unterzeichnen. Es wurde ihnen nämlich vorgeschrieben, wer für achtstägige Zahlung unterzeichnet, könne einen Versuch nicht mehr erhalten, er müsse eventuell entlassen werden. Nachdem sich mehrere Kollegen über diesen Punkt geäußert hatten, wurde eine Resolution verlesen, welche dem Gauleiter Schuld übergeben wurde, damit dieser die weiteren Schritte veranlasse. Die Resolution wurde von den Mitgliedern einstimmig angenommen. Darauf gab Kollege Brünner einen kleinen Überblick über die Arbeiterschaufelarbeiten. Er wies nach, daß zwar eine solche bestehe, daß aber in unverantwortlicher Weise dagegen gesündigt wird. Er forderte die Kollegen auf, eventuelle Mißstände für die Zukunft an die vom Gewerkschafts-Kongress aufgestellte Kommission zu melden, damit Material gesammelt werde für den nächsten Arbeiterschaufelkongress. Ferner ersuchte Hedner die Kollegen, sie möchten sich die Reichweite über „Die Arbeiterschaufelarbeiten“ von Paul Ambreit anschaffen.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Arbeitsmarkt im Monat November 1907. Das Nachlassen der günstigen Konjunktur, von welchem im letzten Monat nur eine Reihe von Gewerben berichtet wurde, hat sich im Monat November verhältnißmäßig fortgesetzt, und zwar insbesondere in der Metall- und Maschinenindustrie und im Bergwerke. Bei dem Bergwerke spricht dabei ohnedies mit, daß im November regelmäßig die Pannatagen ihr ihm Ende nähert und dementsprechend abnimmt; es wirkt aber auch da wohl der hohe Tarif und die sich daraus ergebenden schwierigen Geldverhältnisse im Sinne einer Einschränkung der Pannatagen mit. Auf die Metall- und Maschinenindustrie wirkte die Schaltung der omerikanischen Geld- und Arbeitsmarktwirtschaften, welche einerseits zur Auswanderung von Arbeitern, andererseits zur Verringerung des Exportes führten, ungünstig ein. Ausgenommen davon sind diejenigen Branchen, welche Eisenbahnmateriale herstellen, da diese Branchen mit Staatsaufträgen für längere Zeit noch genügend beschäftigt sind. Im übrigen vollzog das Nachlassen der Beschäftigung sich nicht nur allmählich, sondern nur allmählich. Ganz unberührt ist bisher die Arbeitslage im Bergbau, der nach wie vor angestrengt beschäftigt ist, um den Anforderungen der Abnehmer gerecht werden zu können, und ebenso in auch die Textilindustrie, soweit sie nicht bereits vorher Mangel an Aufträgen hatte, wie ein Teil der Textilfabrikanten und badischer Industrie mit Aufträgen auf längere Zeit versehen; eine Änderung im Beschäftigungsstand ist in diesen Gewerben im November im allgemeinen nicht eingetreten. Ebenso ist im großen und ganzen die Konjunktur in der chemischen Industrie bisher unberührt, und die Verträge aus der elektrischen Industrie erweisen nur eine nicht erhebliche Verschlechterung. Im übrigen machten sich im November die üblichen Saisonrückgänge geltend; im gewinnreichen Sinne wirkte die milde Winterung, welche ansetzte, die Arbeiten im Arden ohne Unterbrechung weiter zu führen. Die Verträge der an das städtische Statutische Amt beratenden Statutenarbeiten ergeben im November einen Rückgang der Beschäftigungsziffer um 11000 Personen, wogegen im Vorjahre bei den gleichen Monaten nur eine Abnahme von 20 Personen stattfand. Es ist am 1. Dezember zum erstenmal in den vier letzten Jahren der Fall eingetreten, daß unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme kein Mehrbedarf an versicherungspflichtigen Mitgliedern im Verhältnis zur gleichen Zeit des Vorjahres mehr besteht, sondern ein Minderbedarf eingetreten ist. In den Verträgen der Arbeitsnachweise ist ein gewisses Nachlassen des Beschäftigungsstandes nicht zu verkennen, auch trägt zum Teil die vorgerückte Jahreszeit zu diesem Rückgang bei, zumal im Bergwerke, um ungünstigen sprechen sich die Berliner Meldungen aus.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin. Nach einer von der Berliner Gewerkschaftskommission aufgenommenen Enquete be-

nicht die Zahl der in Verbänden organisierten arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen zurück über 30.000. Gegenüber dem Vorjahre ist in allen Gewerkschaften eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosen zu beobachten.

Die Berliner Dachdeckerhelfer, die bisher im Zentralverband der Bauhelfer organisiert waren, beschlossen ihren Uebertritt in den Zentralverband der Dachdecker.

Der Organisationsvertrag im Buchdruckergewerbe, der in seinem § 4 vielfach bekämpft wurde, hat nunmehr folgende Abänderung erfahren, die allgemeine Zustimmung finden dürfte: § 4. a) Der Deutsche Buchdruckerverein verpflichtet sich, nur solche Prinzipale als Mitglieder aufzunehmen, die der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker angehören. Die Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins sind verpflichtet, nur tariftreue Gehülsen zu beschäftigen. b) Der Verband der Deutschen Buchdrucker verpflichtet sich, nur tariftreue Gehülsen als Mitglieder aufzunehmen. Die Mitglieder des Verbandes der deutschen Buchdrucker sind verpflichtet, nur in tariftreuen Buchdruckereien zu arbeiten. c) Gehülsen, welche von den tariflichen Schiedsinstanzen als gemäßigert erklärt worden sind, müssen bei Einstellung in erster Linie berücksichtigt werden.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes (Wesentlichste Berliner Sonderorganisation) in Dresden hat mit 10 gegen 6 Stimmen bei 16 anwesenden Delegierten — die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband abgelehnt und fernerhin beschlossen, in weitere Eingangsverhandlungen nicht mehr einzutreten. Die Quertreiber geht hier also weiter, wo sich im Lager der Totalisten erfreulicherweise die Stimmung zu wandeln beginnt.

Ein Kiesenkampf im deutschen Baugewerbe scheint nun für das kommende Frühjahr unvermeidlich geworden zu sein. Nachdem der Plan der Bauunternehmer, im Jahre 1910 eine einheitliche Niederhaltung der Arbeiter vorzunehmen, an die Öffentlichkeit geraten ist, werden sie den Versuch machen, wenigstens eine recht umfangreiche Teilaussperrung im Frühjahr 1909 vorzunehmen. Zu diesem Zweck haben die Unternehmerverbände, in deren Bereich die Verträge ablaufen, den beteiligten Arbeiterorganisationen die Kündigung der im März nächsten Jahres ablaufenden Verträge anzuzeigen lassen. Ausgesprochen wurde die Kündigung vom Mitteldeutschen Arbeiterverband für das Baugewerbe, vom Schiffsbauverband der Vereinigten baugewerblichen Betriebe, vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in der Rheinprovinz und vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.

Rundschau.

Branntwein und Zigarren. Wie der „Tag“ meldet, sind die Entwürfe über das Spiritusmonopol und eine Zigarrenbändersteuer nimmermehr dem Bundesrat zugegangen und von diesem an die Ausschüsse zur Vorberatung überwiesen worden. — Das Deutsche Reich macht Schulden, der deutsche Reichstag muß heulen!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Neuaussatz dem Innern fünf Resolutionen eingebracht, die sich auf Arbeitsverhältnisse beziehen. In der ersten wird die Verlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, der alle Arbeits- und Dienstverhältnisse betrifft, durch welche sich jemand verpflichtet, einen Teil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder gewerbliches Unternehmen eines anderen gegen Lohn zu verwenden. Der Gesetzentwurf soll die Verhältnisse aller Arbeiter und Angestellten in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft und in den häuslichen Diensten einheitlich regeln. Insbesondere soll das verlangte Gesetz die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesellschaftliche Gleichberechtigung fordern. Ferner soll er die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters-, Arbeitslosen-, Renten- und Altersvorsorgeversicherung für alle Angestellten und Arbeiterkategorien ausbauen. Eine zweite Resolution verlangt eine Reichsberufungs- und reichsgerichtliche Revision der Arbeitsverhältnisse der Peralente. Eine dritte Resolution verlangt Bundesratsverordnungen auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung zum Schutze der in Glashütten beschäftigten Arbeiter gegen Brandgefahren, Verschmutzung der Arbeitskleidung auf acht Tagestunden, Verbot der Nachtarbeit in Glashütten an den Glasiern usw. Zum Schutze der in Walzhütten und Metallhütten beschäftigten Arbeiter sind die in der vorjährigen Resolution und in dem kürzlich gestellten Anträge aufgestellten Forderungen in einer vierten Resolution wiederholt. Die fünfte Resolution verlangt Postlegung eines Gesetzesentwurfes zum Schutze der Arbeiter des Baugewerbes durch Einrichtungen der Arbeitsbetriebe, Unternehmerräume, Unfallversicherungsvereine und Krankenkassen gemäß dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterbeschäftigungsentwurf.

In Lippe-Deimold sind, wie berichtet wird, infolge Nichtbewilligung von Lohnforderungen die staatlichen Forst- und Arbeiter in den Aufstand getreten.

Das Aktienkapital in der deutschen Industrie. Eine amtliche Statistik der Aktiengesellschaft und Kommanditgesellschaften in Deutschland ist auf Grund einer Bearbeitung des privaten Handbuchs der deutschen Aktiengesellschaften und des Reichsanzeigers im letzten Vierteljahrsheft zur Statistik des deutschen Reiches erschienen. Die Bestandsaufnahme bezieht sich auf den 31. Dezember 1906 und bietet folgendes Bild der Verteilung des anonymen Kapitalbesitzes über die Industrie. Die erfassten 1952 Aktiengesellschaften und 108 Kommanditgesellschaften verfügten über 13.831 Millionen Mark Nominalkapital. Davon entfielen über ein Viertel, 3776 Millionen auf die Banken, 706 Millionen auf den Hüttenbergbau, 677 auf Klein- und Straßenbahnen und 300 auf Eisenbahnen, 619 auf Maschinenbau, 608 auf Brauereien, 583 auf Elektrizitätswerke, 525 auf Terrängesellschaften, 160 auf Schiffbau, 297 auf Elektrotechnik, 289 auf die chemische Großindustrie, 212 auf Salzgewinnung, 231 auf die Baumwollindustrie usw. Während auf eine Aktiengesellschaft gemeinsam im Durchschnitt nur 24 Millionen Mark Nominalkapital entfielen, verfügten die kombinierten Kiesenbetriebe der Schwerindustrie mit Bergbau, Hütten- und Maschinenproduktion durchschnittlich über je 19,12 Millionen Mark, bis zu 1 Million Mark nominales Aktienkapital hatten 2770 Unternehmungen, mehr als 1 bis zu 10 Millionen 2011 Gesellschaften, darüber hinaus bis zu 50 Millionen 274 Gesellschaften, und endlich gab es 21 mit mehr als 50 und 9 mit mehr als 100 Millionen Mark nominales Aktienkapital. Die Verflechtung des Aktienbesitzes der Aktien, der Reserven, des Obligationenkapitals usw. würde allerdings alle diese Ziffern außerordentlich vergrößern. Die Aktien der jetzt tätigen Aktiengesellschaften sind 21 Versicherungsgesellschaften, 12 Textilfabriken, 9 Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften, 7 Zuckerraffinerien, 6 Banken und 4 Hüttenbetriebe, die ihren Ursprung noch aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herleiten. Über die Hälfte der Aktienbetriebe stammt aus den Jahren seit 1891. In Berlin sind 24 Milliarden Mark Aktienkapital, im Rheinland 24 Milliarden, im Königreich Sachsen 1 Milliarden, in Westfalen, Bayern (rechtsrheinisch) und Hamburg je 800–1000 Mill. aufgeschafft. Reichum und — Armum!

Uebersichten über die Arbeiterverhältnisse in den Betrieben der Seeres- und Marineverwaltung sind dem Reichstage zugegangen. In der Marineverwaltung beträgt die Arbeitszeit in den Werften 8, in den Betrieben 9–10 Stunden. Feiertagsdienst und Ueberstunden werden grundsätzlich vermieden. In Arbeitslohn wurde gezahlt pro Tag: Arbeiter 1,50 Mk., Handlanger 3,75 Mk., Hülfsarbeiter 4,45 Mk., Sanitäter 1,75 bis 6,12 Mk., Tagelöhner 4,36 Mk. Für Monatslöhner wurden gezahlt 100–160, die Techniker und Monteure erhielten 181 Mk. Nach den Tabellen über die Arbeiterverhältnisse bei den Behörden und Anstalten der preussischen Seeresverwaltung erhielten bei den Proviantämtern, Konservefabriken, Pflanzungsämtern, Lazaretten und Remontedepots 2962 Arbeiter unter 500 Mk., 531 bis 900 Mk., 1261 bis 1000 Mk., 1129 bis 1100 Mk., 614 bis 1200 Mk., 452 bis 1300 Mk., 236 bis 1400 Mk., 223 bis 1500 Mk., 231 bis 1600 Mk., 150 bis 1700 Mk., 60 bis 1800 Mk., 21 bis 1900 Mk., 12 bis 2000 Mk., 8 über 2000 Mk.; die Arbeiterinnen 500 bis 1100 Mk. Die Arbeitszeit betrug 10 Stunden.

Kampf gegen den Alkohol in Kommunalbetrieben. In vorbildlicher Weise hat die Stadt Elberfeld in ihrer Gesamtheit den Kampf gegen den Teufel Alkohol aufgenommen. Sie schaffte einen Zelterswasserapparat mit 600 Angelfürsteln, welchen 2 Liter für 50 Pf. an und verkauft nun an die 140 Arbeiter 1/2 Liter Zelters für 1 Pf., 1/2 Liter Himbeer- oder Zitronenlimonade für 3 Pf. Die Folge dieser Maßnahmen war, daß der Konsum an Bier, der vom 1. September bis 31. Dezember 1906 28.670 Hektol., also pro Arbeiter täglich 2 Hektol. für je 21 Pf. betragen hatte, in derselben Zeit des Jahres 1907, nach Einführung der alkoholfreien Getränke, etwa auf die Hälfte, nämlich auf 11.610 im ganzen oder 1,1 Hektol. pro Tag und Arbeiter zurückgegangen war. Daneben wurden über 13.555 Hektol. Zelterswasser Limonade à 3 Pf. und 5920 Hektol. Zelters à 1 Pf. konsumiert, also pro Tag und Arbeiter 1 Hektol. Limonade und 1/2 Liter Zelters. Die Gesamtausgaben für Getränke stellten sich in der ersten Periode auf 3070 Pf., oder 21 Pf. pro Tag und Arbeiter, in der zweiten auf 2065 Pf., oder 11 Pf. pro Tag und Arbeiter.

Die „Freie Hochschule Berlin“ gibt schon in einem Heftchen ihr neues Verzeichnis heraus für das kommende Wintersemester (Januar bis März 1908) heraus. Mit wenigstens 1000 Namen in dem Verzeichnis das allgemeine öffentliche Institut verzeichnet, daß in dem Heftchen abgelesenen Selbststudium 1907 die bisher noch nie dagewesene Zahl von 1000 Namen bei 10 Vorlesungen erreicht werden ist. Einmal mehr insgesamt 12 Vorlesungen anständig. Ein außerordentliches und außerordentliches auch mit aller Sorgfalt ausgewähltes Programm. Es ist uns leider unmöglich, aus der Fülle des Programms auch nur einigermaßen des Wichtigsten herauszusuchen. In glänzender Folge

reiben sich die interessantesten Themata aneinander: ethnische-philosophische Probleme, sozialpolitische Tagesfragen, medizinische-hygienische Belehrung und naturwissenschaftliche-technische Streifzüge; Kunst und Kunstgeschichte, Literatur und Literaturgeschichte, sowie Sprachenturf in Französisch, Englisch und Italienisch. — Allen Fragen, die gegenwärtig das Geistesleben der Mitwelt bewegen und deren Erörterung stets nur zur Entwicklung des Geisteslebens beitragen kann, wird eine ausführliche und sicherlich auch anregende Würdigung versprochen. Wir können daher allen Groß-Berliner Kollegen nur dringend empfehlen, das Programmheft der Freien Hochschule eifrig zu studieren; es wird sich darin für einen jeden eine dankbare Bereicherung seiner Ideenwelt finden. Die Vorlesungsverzeichnisse sind in allen Filialen der Firma Loeser und Wolff, außerdem auch in verschiedenen Bibliotheken, öffentlichen Leseschulen und besseren Buchhandlungen kostenlos zu haben.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Notizkalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter 1908. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Selbstverlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 3. v. v. Albin Mohs, Berlin W., Winterfeldstr. 24, Preis 60 Pf. Mit bedeutend erweitertem Inhalt gelangt unser Notizkalender in diesem Jahr zur Ausgabe. Neben den Zusammenstellungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Geiz der Elektrizitätswerke, Friedhofsarbeiter, Gasarbeiter, Laternenwärter, Schulheizer, Straßenreiner, Sanitärarbeiter und Wasserwerksarbeiter ist in besonderen Statistiken die Arbeitszeit der Straßenreiner sowie der Achtstundentag der Gasarbeiter bearbeitet. Das überaus lehrreiche Material verdient die aufmerksamste Beachtung seitens aller Kollegen. Aus der Fülle des Gebotenen seien nur noch die Darstellungen über den Stand der deutschen Gewerkschaften sowie der Arbeiterversicherung herausgegriffen. Hier wird sowohl in der Kleinagitation als auch in Versammlungen der dreißigjährige Kalender vorzügliche Dienste leisten. Der gleichfalls neu eingefügte Weichheitskalender unserer Organisation dürfte für alle wir neuen Kollegen eine überaus interessante Darstellung sein, aus der zum Teil der Entwicklungsgang unserer Organisation ersichtlich ist. Da außer unserem Verbandsprogramm und den üblichen kalendariischen Notizen usw. ferner das Vereins- und Versammlungsrecht, praktische Winke zur Einberufung von Versammlungen und dergl. behandelt sind, so ist mit diesem Notizkalender in der Tasche jeder Kollege in der Lage, sich sachgemäß zu informieren über alle diese Dinge. Eins freilich in Voraussetzung: Daß der Kalender nicht nur gekauft, sondern auch gelesen oder richtiger studiert werde! Der Anregung des Verfassers, Kollegen A. Mohs, die auf Seite 116-124 vorgegebenen Tabellen auszufüllen im Laufe des Jahres und diese Aufzeichnungen über Arbeit, Einnahmen und Ausgaben an den Verbandsvorstand zu senden, können wir nur beipflichten. Da die Kollegen aller Filialen bereits die ersten Sendungen empfangen haben dürften, raten wir jeden sich den neuen Notizkalender anzusehen, er wird ihn sicher alsbald bestellen.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Siedelmann. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Nr. 61 und 62. Vierteljahr nur 3. - M. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Vert. zu beziehen.

Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 12 und 13. Preis pro Heft 2 Pf., pro Quartal 3.25 M.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 25 des 17. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2.00 M.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Weihnachtsnummer. Preis der Nr. 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Ein deutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München, Genesfeldstr. 4. Nr. 26. Preis pro Nummer 10 Pf.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralfstelle für Arbeitsmarkterichte. Verlag: Georg Reimer. Nr. 3 des 11. Jahrg. Allenbrook. Briefe aus der Heide an meine Freunde, von Jürgen Brand. Mit Buchschmuck vom Verfasser. Preis gebunden 1.50 M. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Praktischer Ratgeber bei Steuereinsparung und Steuerreklamation nebst praxischem Einkommensteuergefeß vom 19. Juni 1906 und 14. Juni 1907 (S. 23) sowie Ausführungsbestimmungen und Formulare. Von einem Steuersekretär. Verlag: L. Schwarz & Comp., Berlin S. 14, Trebbenerstr. 20. 124 Seiten. Preis 60 Pf.

Allen Mitgliedern unseres Verbandes insonderheit allen Mitarbeitern der „Gewerkschaft“ und der „Sanitätswarte“ ein

frohes neues Jahr
und
die besten Wünsche!

Der Hauptvorstand.

Die Redaktion.

Briefkasten.

Dr. Mannheim. Festberichte zu bringen, sind wir nicht in der Lage. O. Gr.! E. D.
W. Hahreuth. Deine Versammlungsankündigung kam viel zu spät für die vorige Nummer, für diese Nummer ist sie nun gegenstandslos geworden. O. Gr.! E. D.

Totenliste des Verbandes.

Anton Marale, Mainz † 7. Dezember 1907 im Alter von 65 Jahren.	Louis Am-Ende, Magdeburg † 14. Dezember 1907 im Alter von 42 Jahren.
Wilhelm Geiger, Stuttgart † 13. Dezember 1907 im Alter von 60 Jahren.	Louis Schreck, München † 18. Dezember 1907 im Alter von 61 Jahren.
J. H. Seltgast, Hamburg † 11. Dezember 1907 im Alter von 67 Jahren.	Paul Baumgart, Berlin † 19. Dezember 1907 im Alter von 22 Jahren.
Emil Richter, Stralsburg i. E. † 16. Dezember 1907 im Alter von 34 Jahren.	August Brenning, Hamburg † 22. Dezember 1907 im Alter von 30 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Durch die Filialleitungen zu beziehen:

Notiz-Kalender

für

Gemeinde- und Staatsarbeiter

zum Preise von 50 Pf.

Umfang und Inhalt und wegen des langjahr Lebend erwehrt. Er bietet, neben dem allgemeinen Notizkalender, Tabellen zu statistischen Aufnahmen, Übersicht über Ausdehnung und Bevölkerung der Staaten, den Post-, Eisenbahn- und Seeverkehr, die deutsche Arbeitsversicherung, die deutschen Gewerkschaften, sowie das Vereins- und Versammlungsrecht. Ferner ist in ihm enthalten: eine Zusammenfassung der wichtigsten Angaben von der künftigen Arbeitslosenversicherung und eine Darstellung über die Arbeitslosenversicherung. Der Notizkalender ist also ein gutes Nachschlagewerk für unsere Kollegen. Bestellungen richten wir umgehend an die Filialleitungen.

Der Verbandsvorstand.